



**Gedenkstätte
Deutscher Widerstand**

**Beiträge
zum Widerstand
1933 – 1945**



Inge Deutschkron **Wir entkamen.
Berliner Juden
im Untergrund**

© bei der Autorin und bei der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Redaktion
Dr. Johannes Tüchel

Grundlayout
Atelier Prof. Hans Peter Hoch
Baltmannsweiler

Layout
Karl-Heinz Lehmann
Birkenwerder

Herstellung
Eppler & Buntdruck
Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2007
ISSN 0935 – 9702

Inge Deutschkron

Wir entkamen. Berliner Juden im Untergrund

„Du bist Jüdin“, sagte meine Mutter am 1. April 1933 zu mir. An jenem Tage, an dem die Nazis nach zwei Monaten an der Macht einen Boykott durchführten, der sich gegen die von Juden geführten Geschäfte richtete. Es war ihre erste Aktion gegen Juden, die sie mit dem Lied „Wenn’s Judenblut vom Messer spritzt, dann geht’s noch mal so gut“ untermalten.

Der Boykott war in den Straßen Berlins nicht zu übersehen. Uniformierte SA-Posten nahmen vor jüdischen Geschäften Aufstellung und versuchten, Berliner am Betreten zu hindern. Einige ließen sich nicht davon abhalten. Oft nur, um ihre Sympathie mit dem jüdischen Inhaber zu demonstrieren. Das sollte allerdings das letzte Mal sein. Derartige Sympathiekundgebungen für Juden standen später unter Strafe.

Was war das, eine Jüdin? Ich weiß heute nicht mehr, was für eine Erklärung meine Mutter mir, der Zehnjährigen, für diese Bezeichnung gab. Ich war ohne Religion aufgewachsen. Ja, ich kannte noch nicht einmal die Bedeutung dieses Wortes. Meine Eltern hielten keine jüdischen Feiertage. Wir besaßen keine Kultgegenstände, und wir befolgten auch keine religiösen Vorschriften.

Meine Eltern hatten sich längst von der Religion gelöst. Ich besuchte in den ersten vier Jahren meiner Schulzeit eine so genannte weltliche Schule, in der Religion nicht gelehrt wurde.

Ich wusste viel mehr über die Nationalsozialisten und ihre Menschen verachtende Politik. Meine Eltern, aktive Sozialdemokraten, hatten mir erklärt, wer Adolf Hitler ist, und was er und seine Partei an der Macht für Deutschland und die Welt bedeuten würden, einschließlich der Diskriminierung und Verfolgung von Juden. So ging ich wie selbstverständlich an der Hand meiner Mutter in Demonstrationen gegen die Nazis mit oder half in Hinterzimmern von Kneipen den Freunden meiner Eltern, Flugblätter gegen die verhasste Partei von rechts zu falten. Ich war sehr stolz auf meinen Beitrag zu diesem politischen Kampf, der mir nun auch meiner zu sein schien. Ich gehörte nun zu einer von den Nazis bekämpften Minderheit. Das bedeute aber nicht, dass ich schlechter sei als andere Kinder, betonte meine Mutter und fügte hinzu: „Lass Dir nichts gefallen, wehr Dich!“, ein Satz, der mich mein ganzes Leben lang geleitet hat.

Als die Nazis am 30. Januar 1933 tatsächlich an die Macht kamen, spürte ich deutlich das Entsetzen meiner Eltern. Es war, als hätten sie es zuvor trotz aller Warnungen nicht glauben können. Meine Mutter schärfte mir sofort ein, künftig auf meinem Schulweg die Kneipe, die die SA frequentierte, zu meiden. Von dort pflegten SA-Männer mit Knüppeln und Stangen zum Kampf gegen ihre politischen Gegner aufzubrechen. Ich erinnere mich an Straßenschlachten in den Straßen unseres Bezirks Prenzlauer Berg. Das Bild eines von den Nazis zusammengeschlagenen Kommunisten verließ mich nie. Ich bekam Angst um meinen Vater.

Meine Eltern waren schon in jungen Jahren der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beigetreten, einer Partei, die versprach, in einem von ihr regierten Staat die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Menschen herzustellen. Das würde dem Antisemitismus, der auch in der Weimarer Republik nicht ausgerottet war, ein Ende bereiten. So die feste Überzeugung meiner Eltern und vieler anderer Juden, die in jenen Jahren als aktive Mitglieder in linken Parteien wirkten. Die Mehrheit des Judentums hingegen war bürgerlich-liberal und der Politik gegenüber passiv eingestellt.

Mein Vater, Dr. Martin Deutschkron, war 1931 zum Oberstudienrat am Luisen-Oberlyzeum in Berlin-Mitte gewählt worden. Seine Freizeit stellte er in den Dienst der Partei. Und dies ganz besonders Ende der zwanziger Jahre, als die Nationalsozialisten (NSDAP) um die Mehrheit der Stimmen des Volkes zur Übernahme der Macht kämpften. Am 30. Januar 1933 gelang es ihnen, in einer Regierungskoalition die entscheidende Rolle zu spielen. Sofort entließen sie ihre politischen Gegner aus allen Führungspositionen. Mein Vater gehörte zu

den ersten Pädagogen, die nach Paragraph vier des von der Nazi-Regierung eingebrachten „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bereits im April 1933 aus dem Staatsdienst ausscheiden mussten. Im Allgemeinen wurden Juden, die, wie mein Vater, im Ersten Weltkrieg an der Front gestanden hatten, erst 1935/36 entlassen.

In der Begründung für meines Vaters Entlassung hieß es, er leiste keine Gewähr dafür, dass er die deutsche Jugend im nationalen Sinne erziehen würde. Man billigte ihm, dem Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs, drei Viertel seiner Pension zu. Mein Vater setzte sich zur Wehr. In einem Brief an die ihn entlassende Behörde, das Provinzialschulkollegium Berlin-Brandenburg, verwies er auf seinen Frontdienst im Ersten Weltkrieg und sein politisches Engagement in einer der führenden demokratischen Parteien des Landes. Beides schienen ihm Beweise für eine nationale Gesinnung zu sein, und er forderte die Rücknahme seiner Entlassung. Eine Antwort erhielt er nie.

Jüdische Freunde, mit denen mein Vater aus der gemeinsamen Studienzeit verbunden war, hatten Sympathien für die SPD. Doch meines Vaters starken Einsatz für die Partei belächelten sie stets. Nun, da die Nationalsozialisten an der Macht waren, glaubten sie, ihn mit den Worten trösten zu müssen, es habe doch mal Jemand in Deutschland an die Macht kommen müssen, der, ähnlich wie Mussolini in Italien, Ordnung machte in dem Durcheinander der Weimarer Republik. Im Übrigen, so meinten sie, würde alles nicht so schlimm werden, wie mein Vater und seine politischen Freunde befürchteten. „Übergriffe“ nannten sie Verhaftungen unbescholtener Bürger ihrer politischen Einstellung wegen. Berichte über Misshandlungen in den neu geschaffenen Konzentrationslagern schienen ihnen „Geburtswehen“, die eine neue Ära mit ungeschultem Personal so mit sich bringen könne.

Einige jüdische Bürger, die sich aufgrund der Verfassung von 1871 als gleichberechtigte Deutsche gefühlt hatten, beschwerten sich öffentlich gegen Anschuldigungen der Nazis, Juden seien Schädlinge im neuen deutschen Staatswesen. Andere schickten sogar Ergebenheitsadressen an die neuen Machthaber, in denen sie ihre Loyalität für diesen neuen nationalen Staat beteuerten. Die Mehrheit lehnte eine solche Anbiederung, wie sie es nannte, ab. Behauptungen zufolge hat es auch Juden gegeben, die ohne Zögern den Nazis ihre Stimmen gegeben hätten, wäre da nicht der Antisemitismus gewesen, den die Nazis in ihrem Programm festgeschrieben hatten.

Jüdische Organisationen verfolgten die politische Entwicklung mit Sorge. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) war 1893 gegründet worden mit dem Ziel, die bürgerliche und soziale Gleichberechtigung der Juden in Deutschland zu sichern und im Volk das Bewusstsein ihrer deutschen Identität zu stärken. Sie war zahlenmäßig die

stärkste Organisation deutscher Juden. Ihre moderate Haltung zog nach der Bildung der nationalsozialistisch geführten Regierung neue Mitglieder an. Ihre Führer pflegten enge Kontakte zu konservativen Politikern, die sie nun daran erinnerten, dass die den Juden in der Verfassung zugestandene Gleichberechtigung unbedingt auch von der neuen Regierung garantiert werden müsse.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten war nach dem Ersten Weltkrieg entstanden, um der im deutschen Volk weit verbreiteten Meinung entgegen zu treten, Juden hätten sich vor dem Kriegsdienst gedrückt. Sie betonten den großen Einsatz jüdischer Menschen im Ersten Weltkrieg und die Tatsache, dass 12.000 Juden als Soldaten für Deutschland gefallen waren. Sie pochten auf die Erhaltung der ihnen als Frontkämpfer zugesprochenen Rechte. Ihr Ziel war die vollständige Integration der Juden in die deutsche Gesellschaft. 1937 reduzierte die Regierung die Aufgabe des Reichsbundes auf die Betreuung jüdischer Kriegsgespieler.

Im Gegensatz dazu gab es eine kleine Gruppe hauptsächlich junger Menschen, die sich als Zionisten bezeichneten und den Aufbau eines jüdischen Staates im Heiligen Land als ihr Ziel nannten. Sie wurden in den Jahren vor 1933 wenig beachtet. Deutsche Juden hatten damals wenig Interesse für einen eigenen Staat, der ihnen ohnehin als unrealisierbar erschien. Die Mitgliederzahl der zionistischen Gruppe wuchs nach 1933. Sie wurde jedoch nie eine Massenbewegung, auch nicht zur Zeit der schlimmsten Verfolgungen. Junge Zionisten gehörten wie selbstverständlich zu den ersten Auswanderern. Unter den 37.000 Menschen, die Deutschland 1933 verließen, waren viele junge Leute, denen nun ohnehin in Deutschland eine höhere Bildung versagt wurde. Die Mehrzahl der deutschen Juden aber war trotz all der gegen sie gerichteten Demütigungen und Drohungen der festen Überzeugung, dass es eigentlich keinen Grund zur Panik gebe. Man würde auch unter diesen neuen Machthabern in Deutschland leben können, wenn auch weniger geachtet als zuvor. Auswanderungen erschienen daher übereilt. Die in den Jahren 1934 und 1935 sinkenden Zahlen der Auswanderer gegenüber 1933 - 23.000 und 21.000 - bestätigen diesen Trend. Ein Artikel, in dem der bekannte und von vielen Juden verehrte Rabbiner Dr. Leo Baeck seine Glaubensgenossen mahnte: „Verlasst nicht sinnlos Deutschland, tut hier Eure Pflicht!“ stärkte diese Auffassung noch. Wobei unklar blieb, was Leo Baeck unter Pflichten eines Juden in diesem NS-Staat verstand. Doch seine Worte sprachen den meisten deutschen Juden aus dem Herzen, deren Treue zu Deutschland bis zuletzt unerschütterlich blieb.

Die Jüdische Gemeinde, die offizielle Repräsentation der jüdischen Gemeinschaft in Berlin, suchte sich mit der neuen Regierung zu arrangieren. Dabei muss man feststellen, dass ihre oberste Pflicht darin bestand, die Rechte

der jüdischen Bürger zu vertreten. Sie war keine Partei, die bestimmte politische Ziele verfolgte. Diese Haltung behielt sie bei, auch in den Jahren der Verfolgung, in einer Zeit, in der es um die nackte Existenz ihrer Mitglieder ging, die längst ihrer Rechte beraubt waren. Zunächst bewies sie ihre Loyalität den neuen Machthabern gegenüber, indem sie u. a. Menschen, die der neue Staat zu Feinden erklärt hatte, ebenso missachtete. Sie verwehrte ihnen eine Arbeitsmöglichkeit in einer ihrer Einrichtungen. So muss mein Vater ihnen wohl als Lehrer in einer der ihnen gehörenden Schulen, die den politischen Veränderungen zufolge viel Zulauf hatten, als Affront gegen die neuen Machthaber erschienen sein. Sie wiesen seine Bewerbung ohne Begründung ab.

Bei uns zu Hause reagierte man mit Empörung auf diese Einstellung der Jüdischen Gemeinde. Meine Eltern vermissten den Stolz, der ihrer Meinung nach die Haltung der Gemeinde als Vertreter von 160.000 anerkannten Berliner Bürgern hätte bestimmen müssen. Die Gefahr, dass deren Rechte von den neuen Machthabern Deutschlands für null und nichtig erklärt werden würden, war so offenbar, dass es mehr bedurfte als die stumme Befolgung anti-jüdischer Verordnungen. Es fehlten auch Beweise der Solidarität mit all jenen jüdischen Mitbürgern, die aus politischen oder vielfach undurchschaubaren Gründen verhaftet worden waren und in schnell aufgebauten Konzentrationslagern schreckliche Qualen erdulden mussten. Vage Einzelheiten darüber wurden nur aus Berichten einiger weniger entlassener Häftlinge bekannt, die noch dazu zum Schweigen verpflichtet worden waren. Der noch unbedeutende politische Widerstand gegen das Nazi-Regime beschränkte sich zu Beginn auf ehemalige Mitglieder linker Parteien, die sehr bald verboten wurden. Ihnen gehörten auch Juden an, meist solche, die nur in loser Verbindung zur jüdischen Gemeinschaft gestanden hatten und denen die Nazibehörden vielfach ihre Zugehörigkeit zum Judentum nachwiesen. Entweder durch Denunziation oder durch Einblick in die Kirchenbücher des 19. Jahrhunderts, die die Aufgaben der späteren Standesämter erfüllten. Derjenige, der dort nicht verzeichnet war, war nach damaliger Ansicht Jude und das waren nach Nazi-Gesetzgebung auch noch seine Nachfahren im 20. Jahrhundert. Hilfe für diese Häftlinge und ihre Familien gehörte zunächst nicht zum großzügigen Repertoire der Jüdischen Gemeinde, die sich prinzipiell gegen jegliche Aktion gegen den NS-Staat und gegen jede Beteiligung von Juden an Widerstandsarbeit wandte.

Wie anders war das Verhalten der Mitglieder linker Bewegungen ihren ehemaligen Kameraden gegenüber, die durch die diktatorischen Maßnahmen der Nazis in Not geraten waren. Gegenseitige Hilfe war eine Selbstverständlichkeit. Bei uns zu Hause aß man lange Zeit eine bestimmte Brotsorte und trank schlechten Kaffee, die diese Menschen als Broterwerb verkauften. Man sammelte Geld, das zur Gründung einer neuen Existenz nötig war. Ich half Adressen schreiben. Für tausend Stück erhielt ein arbeitsloser

Freund 10 Mark. Mein Vater gab Privatstunden, lehrte ausländische Studenten, meist Chinesen oder Japaner, die nach 1933 in großer Zahl deutsche Universitäten frequentierten, die deutsche Sprache. Er übergab sie anderen aus dem Schuldienst entlassenen Lehrern, als er eines Tages ein unerwartetes Angebot erhielt.

Die Theodor-Herzl-Schule am Kaiserdamm, die ihre Schüler zu Zionisten erzog, störte sich nicht an der politischen Vergangenheit meines Vaters wie die Jüdische Gemeinde und bot ihm eine Lehrerstelle an. Er muss ihnen als ehemals kämpferischer Sozialdemokrat für ihre Schule besonders geeignet erschienen sein. Denn mitzuhelfen, einen jüdischen Staat aufzubauen, bedeutete den Verantwortlichen der Schule, kämpferische Menschen ins damalige Palästina zu entsenden. Der Unterricht war frei und fortschrittlich und nicht durch einen religiösen Überbau eingeengt wie in den Schulen der Jüdischen Gemeinde. Mein Vater machte kein Geheimnis daraus, dass er kein Zionist war und nicht beabsichtigte, nach Palästina auszuwandern. Einen „fremden Vogel“ nannten ihn die Schüler. Einer, der als bewusster Deutscher und Sozialdemokrat sie vieles aus einer anderen Welt gelehrt habe. So schilderten ihn ehemalige Schüler nach seinem Tode.

Das Wort „Auswanderung“ gehörte ohnehin nicht zum Vokabular meiner Eltern. Mein Vater erklärte immer wieder, er sei und bleibe Deutscher, seine Familie sei seit Jahrhunderten in Deutschland ansässig. Seine Sprache sei Deutsch und so seine Kultur. Er sähe keinen Grund zur Auswanderung. Schließlich sei er auch noch immer Staatsbeamter, der nicht einfach weglaufen könne. Mit diesem Argument lehnte er 1935 eine ihm in Australien angebotene Lehrerstelle ab. Ähnlich wie seine politischen Freunde glaubte er daran, dass das Nazi-Regime keine lange Lebensdauer haben würde. Er war nicht ganz so optimistisch wie diese, die nach Ereignissen wie z. B. dem Reichstagsbrand (Februar 1933) oder nach der Ausschaltung und Ermordung der SA-Führung um Ernst Röhm (Juni 1934) dem Regime nicht mehr als weitere drei Monate an der Macht gaben.

Doch ihm wie anderen Juden schienen die Gefahren nun, da das Regime Verwundbarkeit gezeigt hatte, nicht mehr so gravierend, wie sie zunächst aufgrund der marktschreierischen Ankündigungen angenommen hatten. Sie gewöhnten sich daran, als Juden zurückgesetzt zu werden, stellten aber mit Genugtuung fest, dass der Grundsatz, Juden, die im Ersten Weltkrieg gedient hatten, nicht zu maßregeln, noch immer galt, sofern sie sich nicht gegen den Nationalsozialismus betätigten.

Es schien fast so, als solle die privilegierte Stellung dieser Juden bestätigt werden, als im August 1935 „im Namen des Führers und Reichskanzlers“ das vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg gestiftete „Ehrenkreuz für

Frontkämpfer“ zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg überreicht wurde. Die Beamten unseres Polizeireviere salutierten vor meinem Vater, dankten ihm für seinen Einsatz und gratulierten ihm zu dieser Ehrung. Den Juden schien dies ein eindeutiger Beweis dafür, dass Juden in Nazi-Deutschland nichts Drastisches zu befürchten hatten. Bei dieser Einschätzung der Situation übersahen sie, dass ein nicht unwesentlicher Teil des deutschen Volkes Hitler und seiner Bewegung applaudierte. Die Unterstützung, die diese von den deutschen Banken und der Industrie erhielt, denen das Programm der neuen Regierung Vorteile in Aussicht stellte, machte vieles möglich, was zur Weimarer Zeit aus Mangel an entsprechenden Mitteln unterbleiben musste. So sank die erschreckend hohe Zahl von sieben Millionen Arbeitslosen durch Hitlers Arbeitsbeschaffungsprogramm und ließ Hoffnung unter den Ärmsten der Armen aufkommen.

Diesen blieb natürlich verborgen, dass diese Politik schon damals nur einem Ziele diene, andere Länder durch Krieg zu unterjochen und ihre Völker Deutschland dienstbar zu machen. Die Begeisterung eines großen Teils des deutschen Volkes für den neuen Staat galt im Wesentlichen dem Bau der Autobahnen, die ihnen bis dahin weit entfernte Gebiete näher brachten. Und das noch dazu in jenem dem Volk versprochenen, angeblich für jeden erschwinglichen Volkswagen. Das verbilligte Ferienprogramm „Kraft durch Freude“ zog Massen von kleinen Leuten an. Neben der Reise in eine fremde Welt versprach es gesellschaftliche Annäherung an Gleichgesinnte und sicherte den Nazis begeisterte Unterstützung für ihre Maßnahmen. Das Winterhilfswerk mit seinen allmonatlichen Eintopfessen förderte diesen Trend zur Bildung einer einigen „Volksgemeinschaft“.

Mit Stolz verfolgte die Masse der Deutschen, wie Hitler das Ausland herausforderte und im Versailler Vertrag festgelegte Verpflichtungen als Folge des verlorenen Krieges einfach ignorierte. Zur Stärkung seiner Maßnahmen veranlasste er den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. So baute er trotz des Verbotes wieder eine deutsche Armee auf und marschierte 1935 in das von den Franzosen besetzte Rheinland ein. Das Ausland ließ das alles geschehen. Es schwieg zu dem Bruch von internationalen Verträgen, es schwieg auch zu den Verbrechen, die in den Konzentrationslagern geschahen. Sie waren der Welt nicht unbekannt geblieben, wie auch die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, die nach und nach um ihren gesamten Besitz gebracht wurde.

Der Propagandafeldzug der Nazis gegen Juden und politische Gegner blieb nicht ohne Resonanz in Deutschland. Er führte dazu, dass diese Menschen, vielfach ohne es zu wissen, unter Beobachtung standen. Denunzianten wurden ermutigt. Entsprechende Netzwerke von Blockwarten, Luftschutzwarten und „zuverlässigen“ Volksgenossen entstanden, die ihre Pflicht darin sahen, ihr

neues Staatswesen auf diese Weise zu beschützen. Um dem und ähnlichen Anfeindungen zu entgehen, siedelten wir in den Westen Berlins über, davon überzeugt, dass wir hier als Unbekannte in Ruhe leben könnten.

Doch einem unter uns wohnenden älteren Ehepaar muss unser enger Kontakt zu zwei nicht-jüdischen Familien im Hause äußerst verdächtig vorgekommen sein. Schließlich handelte es sich bei uns um Juden und bei unseren Freunden um von den Nazis aus politischen Gründen entlassene Direktoren weltlicher Schulen. So forderten eines Tages zwei Gestapobeamte mit einem Hausdurchsuchungsbefehl Einlass in unsere Wohnung. Eine Stunde lang wühlten sie in Schubfächern und Schränken und beschlagnahmten schließlich zwei Broschüren: „Marx und die Juden“ und „Heinrich Heine“, eine Biographie. Sie gaben zu, dass sich der Verdacht der alten Leute, wir und unsere Freunde wären in konspirative Arbeit gegen die Regierung verwickelt, nicht erhärten ließe. Diese hatten behauptet, mein Vater, der in den Abendstunden zur Aufbesserung seiner Einkünfte viel auf der Schreibmaschine schrieb, habe Flugblätter konzipiert. Diese seien dann von der Ehefrau eines Freundes vervielfältigt worden. Der Vervielfältigungsapparat, den sie zu hören geglaubt hatten, stellte sich als moderne elektrische Nähmaschine heraus. Die Tochter unserer Freunde, die als Krankenschwester häufig an Wochenenden Dienst tat, habe die Flugblätter in ihrem Koffer zu den Verteilern gebracht. Wir lachten uns die ausgestandene Angst von der Seele und stellten wieder einmal mit Genugtuung fest, dass es doch noch Gerechtigkeit in Deutschland gäbe.

Mich hingegen beschäftigte der Zwischenfall noch lange. Als die Gestapo kam, hatte man mich in die Küche verbannt. Dort las ich seelenruhig in meinem Buch, ohne die Situation zu erfassen, in der meine Mutter sich befand. Als die Gestapo gegangen war, musste ich die erstaunte Frage meiner Mutter, ob ich die Freunde vom Besuch der Gestapo informiert hätte, verneinen. Ich schämte mich, dass ich so versagt hatte.

Nur einen Monat nach der Ehrung der jüdischen Frontkämpfer im August 1935 wurden die diesen Menschen gewährten Ausnahmen außer Kraft gesetzt. Nun wurden alle so genannten Nichtarier aus dem Staatsdienst entlassen. Wer als Nichtarier galt, war bereits im so genannten Arierparagrafen von 1933 festgelegt worden. Es handelte sich dabei um Juden, Halbjuden und Vierteljuden, also auch um Personen mit einem jüdischen Elternteil oder auch nur mit einem jüdischen Großelternanteil. Der Begriff hatte nichts mit der Religionszugehörigkeit zu tun, sondern nur mit der jüdischen „Abstammung“ und betraf auch Juden, die zur christlichen Religion übergetreten waren. Es waren Menschen, die geglaubt hatten, sich noch in der Nazizeit durch einen solchen Übertritt den antijüdischen Maßnahmen entziehen zu können.

Der Name von Pfarrer Heinrich Grüber wurde für viele Juden in Berlin zu einem Zauberwort. Er hatte viele derartige Taufen vorgenommen. Doch nach der Verkündung des Reichsbürgergesetzes waren sie wertlos. Diese und viele andere Maßnahmen waren Teil dieses Gesetzes, das auf dem Parteitag der NSDAP am 15. September 1935 in Nürnberg verkündet wurde. Es beraubte die Juden aller politischen Rechte, wie z. B. des Wahlrechts und der Wählbarkeit in öffentliche Ämter. Juden wurden zu Staatsangehörigen degradiert.

Bei gleicher Gelegenheit wurde das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ eingeführt. Dieses Gesetz verbot Eheschließungen und außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Deutschen und stellte „Rassenschande“, wie die Nazis es nannten, also Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, unter Strafe. Es führte dazu, dass Menschen, die jahrelang zusammen gelebt hatten, sich trennen mussten. Kinder, die derartigen Verbindungen entstammten, durften die jüdischen Partner ihrer Eltern nicht mehr sehen. Versuche, noch vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu heiraten, waren bereits sieben Wochen zuvor durch Anweisung des im Innenministerium tätigen Dr. Hans Globke vereitelt worden. (Dr. Hans Globke war im Nachkriegsdeutschland Staatssekretär des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer. Als Mitarbeiter des Reichsinnenministeriums hatte er einen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen geschrieben. Aber die Empörung im In- und Ausland gegen diesen Mann in so hoher Position blieb ohne Konsequenzen.)

Simple Freundschaften konnten nun fatale Folgen haben, denn dieses Gesetz öffnete dem Denunziantentum Tür und Tor. Die Strafen für die oft willkürlichen Anschuldigungen waren hoch und führten für den jüdischen Partner zu unbegrenzter Haft im KZ. Diese so genannten Nürnberger Gesetze wurden von der Regierung zu Verfassungsgesetzen erklärt. Sie wurden die Basis für die nun folgende Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen wie aus dem gesellschaftlichen Leben Deutschlands. Aus heutiger Sicht waren sie die ideologische Grundlage für die späteren Morde.

Die jüdische Gemeinschaft reagierte zunächst mit Schock auf die neue Gesetzgebung, die die Diskriminierung und Verfolgung der Juden festschrieb. Es gab jedoch eine Minderheit, die hier eine Möglichkeit für ein weiteres Verbleiben von Juden in Deutschland sah. Man wisse nun, woran man sei, man müsse sich nur anpassen, meinten sie. Nicht viel anders drückte es die Reichsvertretung aus, die Gesamtvertretung der deutschen Juden. Einerseits hätten diese Gesetze einen demütigenden Charakter. Andererseits schlossen sie eine jüdische Zukunft in Deutschland nicht aus.

Das Thema Auswanderung wurde nun stärker diskutiert als je zuvor. Die Zahl der Auswanderer und jener, die nach Möglichkeiten suchten, Deutschland zu verlassen, nahm zu. Zwar waren Berichte von Menschen, die bereits ausgewandert gewesen waren und es vorgezogen hatten, nach Nazi-Deutschland zurückzukehren, nicht gerade ermutigend. Sie enttäuschte die geringe Bereitschaft der im Ausland ansässigen Bürger, sie aufzunehmen oder ihnen beim Start in ein neues Leben behilflich zu sein. Das traf auch auf ehemalige Auswanderer zu, die, wie aus vielen in Berlin eintreffenden Briefen zu ersehen war, die Angst vor Verfolgungen und Diskriminierungen in Deutschland längst vergessen hatten. Andere Rückwanderer fanden Schmutz, Unordnung, Insektenplagen, wie zum Beispiel im damaligen Palästina, unerträglich. Überdies hatte es sich gezeigt, dass Menschen mit intellektuellen Berufen im Ausland wenig Chancen hatten. Es sei denn, sie wären bereit, manuelle Arbeiten zu verrichten. Ein neuerliches Studium, das ihnen eine Laufbahn in ihrem in Deutschland ausgeübten Beruf gesichert hätte, scheiterte meist an Geldmangel. Da waren Menschen mit handwerklichen Berufen wesentlich besser dran. Sie hatten selten Schwierigkeiten im Ausland, einen ihnen gemäßen Arbeitsplatz zu finden. Die Jüdische Gemeinde richtete daraufhin so genannte Umschichtungskurse ein, die sofort großen Zulauf hatten. Kaufleute lernten dort Konfekt herstellen, Juristen das Melken von Kühen, Lehrer Schuhe zu reparieren, andere das Schneidern oder Fußpflege.

Unter diesem Einfluss legten vermögende Juden das ihnen noch verbliebene Kapital in handwerkliche Ausrüstungen an, um damit im Ausland ein neues Gewerbe beginnen zu können. Mein Vater beschloss, eine Schuhmacherlehre zu absolvieren. Eine Kindheitserinnerung hatte ihn auf diesen Beruf gebracht. Viele Jahre noch nach diesen schrecklichen Zeiten fand sich in unserem Haushalt eine Lederschere, die, ungenutzt, bewies, dass ihm dieser Beruf nicht gelegen hatte. Dazu tauchte ein Zeugnis auf, in dem der Schuhmachermeister Herbert Krysteller meinem Vater große Begabung für diesen Beruf bescheinigte. Vom Stil und dem Inhalt her habe ich Grund zur Annahme, dass Herr Krysteller nur die Unterschrift unter dieses „Dokument“ geleistet hat.

Die Nazi-Behörden beschlossen, die Nürnberger Gesetze auch auf Kinder anzuwenden. Es war ihnen nicht entgangen, dass jüdische Schüler vielfach keine Benachteiligung erfuhr. Im Fürstin-Bismarck-Oberlyzeum, das ich nach unserem Umzug in den Berliner Westen besuchte, war die Hälfte meiner Klassenkameradinnen aus jüdischen Elternhäusern, meist aus alteingesessenen, wohlhabenden Familien. In dieser Schule schien sich seit 1933 nichts geändert zu haben. Die Lehrer, die nach 1933 gezwungen waren, beim Eintritt in das Klassenzimmer mit „Heil Hitler“ zu grüßen, taten dies mit offensichtlicher Abneigung. Ich erinnere mich an meine Klassenlehrerin, die, um die Hand zum „Deutschen Gruß“ nicht heben zu müssen, immer in beiden

Händen Pakete trug. Keiner der Lehrer machte einen Unterschied zwischen uns und den nichtjüdischen Kindern meiner Klasse. Nie habe ich dort ein böses Wort gegen Juden gehört, auch nicht von meinen nichtjüdischen Mitschülerinnen. So verfügte die Behörde eines Tages, dass jüdische Schüler nicht mehr an Ausflügen teilnehmen, nicht mehr das Landschulheim besuchen dürften und dem Schwimmunterricht fern zu bleiben hätten. Vor allem aber auf keinen Fall die gleichen Umkleidekabinen wie die nichtjüdischen Schüler benutzen dürften.

Als diese Verordnungen bekannt wurden, beschloss mein Vater, mich in einer jüdischen Schule anzumelden, um mich dieser Art von Diskriminierung nicht auszusetzen. Er wählte die Jüdische Mittelschule in der Großen Hamburger Straße 27 aus, weil sie noch eine der wenigen staatlich anerkannten jüdischen Schulen war. Sie bot die Möglichkeit, wie er meinte, nach dem Ende des Naziregimes wieder in eine nichtjüdische Schule zurückzukehren und eine Karriere in staatlichen Einrichtungen aufzunehmen. Wieder beeinflusste die Hoffnung auf ein Ende des Naziregimes seine Entscheidung.

Wie alle jüdischen Schulen in Berlin war auch die jüdische Mittelschule zu jener Zeit überfüllt. Das war nicht immer so gewesen. Vor 1933 hatten nur jene jüdischen Eltern Wert darauf gelegt, ihren Kindern Unterricht in einer jüdischen Schule zuteil werden zu lassen, die die jüdische Religion und jüdische Traditionen in Deutschland erhalten wissen wollten. Das war zweifellos nicht die Mehrheit der damals in Deutschland ansässigen Juden. Den Statistiken dieser Zeit lässt sich entnehmen, dass weniger als ein Viertel aller jüdischen Kinder in Deutschland jüdische Schulen besuchte. Selbst orthodoxe Eltern vertraten oftmals die Ansicht, dass der Besuch einer nichtjüdischen Schule eine bessere Vorbereitung für das Leben ihrer Kinder in Deutschland sein würde. Dagegen erzog die jüdische Schule ihre Schüler in erster Linie für ein Leben in einer jüdischen Gemeinschaft, wie sie in Berlin vornehmlich von den jüdischen Einwanderern aus Polen aufrecht erhalten wurde.

Die neuen Verordnungen des Nazi-Regimes zur Ausgrenzung jüdischer Schulkinder aus nicht-jüdischen Schulen führten dazu, dass ein Ansturm auf die wenigen jüdischen Schulen einsetzte. Zwar wurden einige neue jüdische Schulen gegründet, aber ihre Zahl blieb weit hinter dem Bedarf zurück. Die staatlich anerkannte Mittelschule hatte den stärksten Zulauf. Während die Mittelschule 1932 von 470 Schülern besucht wurde, waren es 1934 bereits 1.025 Schüler.

Die neue Schule verwirrte mich. Wir waren nie weniger als fünfzig Schüler in einer Klasse. Ein geordneter Lehrbetrieb war unter diesen Verhältnissen kaum möglich. Unter Schülern und Lehrern herrschte ein ständiges Kommen und Gehen. Einige wanderten aus, andere kamen aus nicht-jüdischen Schulen

hinzu. 1935 mussten alle jüdischen Beamten, also auch jüdische Lehrer, aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Mein Vater, dem von 1933 an nur das Lehren an einer jüdischen Schule erlaubt war, musste nun auch diese Tätigkeit wieder aufgeben. Ein konzentrierter und kontinuierlicher Unterricht war unmöglich. Lehrer, Schüler, aber auch Eltern waren unfähig, an etwas anderes zu denken als an ihre vielen Probleme. Sollte man auswandern? Sollte man bleiben? Wohin könnte man fliehen? Oder war ein menschenwürdiges Dasein in Deutschland vielleicht doch noch möglich? So war es nicht verwunderlich, dass uns oftmals Lehrkräfte gegenüber standen, die – nervös bis zur Hysterie – unfähig waren, uns Sachwissen zu vermitteln, geschweige denn pädagogisch auf uns einzuwirken. Andere wieder verfügten über eine bewundernswerte innere Ruhe und Haltung, die auch auf ihre Umgebung ausstrahlte.

Die Zusammensetzung der Schüler dieser Schule war keineswegs einheitlich. Das soziale und damit auch das intellektuelle Gefälle der Elternhäuser wirkte sich zwangsläufig auch auf den Unterricht nachteilig aus. Aber ungeachtet all dieser Beeinträchtigungen und Unbilden haben wir an dieser Schule etwas gelernt. Der Lehrplan war darauf zugeschnitten, Wissen zu vermitteln, das auch bei einer Auswanderung einen Sinn haben würde. So hatten Fremdsprachen, insbesondere Englisch und Hebräisch, den Vorrang. In den letzten beiden Schuljahren wurde auch Unterricht in Stenographie und Schreibmaschine erteilt. Je eine Stunde in der Woche war dem kaufmännischen Englisch und Französisch gewidmet. Schüler, die eine hauswirtschaftliche Ausbildung vorzogen, hatten Gelegenheit, sich im Kochen und Nähen ausbilden zu lassen. Ein solches Unterrichtsprogramm musste natürlich auf Kosten der traditionellen Schulfächer wie Geschichte, Mathematik, Chemie oder Physik gehen, von Literatur oder anderen schöngeistigen Fächern ganz zu schweigen.

Die Bemühungen dieser und anderer jüdischer Schulen, ungeachtet der Ausnahmesituation, den ihnen anvertrauten Kindern auch Freude zu bereiten, waren beachtlich. Da es jüdischen Kindern verboten war, mit anderen Kindern den selben Sportplatz oder die Umkleidekabinen zu benutzen, erwarben alle jüdischen Schulen in Berlin gemeinsam einen Sportplatz am Eichkamp. Dort wurden Sportfeste ausgetragen, bei denen jede Schule um den Sieg kämpfte. Das waren Ereignisse, die uns völlig in Anspruch nahmen und denen wir entgegen fieberten. Ohne Frage ist die Erinnerung an diese Stunden auf dem Sportplatz Eichkamp die einzige wirklich angenehme Erinnerung an meine Schulzeit. Alles Bedrückende, das auf uns in der Schule lastete, war dort wie weggeblasen. Wenn wir allerdings zur Rückfahrt in die S-Bahn einstiegen, war diese gelöste Atmosphäre ebenso schnell wieder verflogen. Dann achteten wir sorgsam und nicht ohne Ängstlichkeit darauf, kein Aufsehen, geschweige denn Anstoß zu erregen. Wenn eine von uns zu laut auflachte, dann wurde sie von den anderen zurecht gewiesen. Auch wenn wir nicht darüber sprachen,

wir ahnten doch, dass wir von den Mitmenschen als jüdische Kinder erkannt und angepöbelt werden konnten.

Im Jahr 1936 standen die Olympischen Spiele in Berlin auf dem internationalen Programm. Die Nazi-Regierung sagte der „Jugend der Welt“ himmlische Spiele voraus. Die Stadt Berlin sollte die Gäste aus aller Welt empfangen – stolz, groß und prachtvoll. Vieles wurde repariert, Anderes vergrößert, Altes verschönert. Was diese Gäste aus aller Welt stören konnte, wurde beseitigt, zeitweise beseitigt. Schilder, Plakate, Verbote, die Juden den Zutritt zu Cafés, Restaurants, Vergnügungsstätten verwehrten, verschwanden. Einige halbjudische Athletinnen, für die die Deutschen keinen Ersatz hatten, nahm man stillschweigend in die Mannschaft auf. Es lohnt sich nicht, darüber zu diskutieren, aus welchem Grunde diese sonst Verachteten und Vertriebenen annahmen, für Nazi-Deutschland zu kämpfen. Meine Eltern fanden es empörend und erlaubten mir nicht, die Olympischen Spiele zu besuchen. Ich war sehr interessiert an Sport und hatte mich auf die Spiele gefreut. Aber ich nahm das Verbot ohne Widerrede hin, als sie mir erklärten, dass es sich bei diesen Spielen um eine Nazi-Veranstaltung handelte, die der Welt ein freundliches Deutschland vorgaukeln sollte. Ihre Empörung kannte keine Grenzen, als die Olympia-Mannschaft Frankreichs mit dem Hitler-Gruß ins Stadion einmarschierte.

Gesetze, Verbote und Bestimmungen, die Juden das Leben erschweren sollten, wurden 1937 wieder aufgenommen. Zwar handelte es sich zunächst hauptsächlich um „Nachbesserungen“ von bestehenden Gesetzen, wie zum Beispiel: „Juden können aus der Schutzhaft entlassen werden, wenn die Gewähr gegeben ist, dass sie vor einer Auswanderung nach Palästina oder nach Übersee stehen (nicht bei Auswanderung in die Nachbarländer)“ oder „Jüdisch versippte Richter sind in Zukunft nur in Grundbuch-, Verwaltungssachen und ähnlichen Bereichen zu beschäftigen“. Das waren Verordnungen, die bewiesen, dass die Nazis ihre Beschäftigung mit antijüdischer Gesetzgebung nur der Spiele wegen unterbrochen hatten.

Im Jahr 1938 bewiesen sie das auf drastische Art und Weise. Im Juni wurde ein Vetter von mir verhaftet. Er gehörte zu den 1.500 meist jungen Juden, die „vorbestraft“ waren und als „asoziale“ und „arbeitscheue“ Elemente bezeichnet wurden. Mein Vetter war in einen Autounfall verwickelt und verurteilt worden. Ungeachtet dieses Sachverhalts erschien uns das Wort „vorbestraft“ doch so gewichtig, dass es auch Zweifel an der Persönlichkeit des Betroffenen rechtfertigte. Obgleich uns und viele andere Juden die Unrechtmäßigkeit dieser Aktion empörte, berührte uns die Maßnahme doch nicht unmittelbar. Dann allerdings fügte es sich in das allgemeine Bild, als wir erfuhren, dass diese jungen als „Asoziale“ bezeichneten Häftlinge von den Nazis zum Aufbau des Konzentrationslagers Buchenwald missbraucht wurden.

Mich berührte besonders die Verfügung, dass jeder Jude über 15 Jahre eine Kennkarte bei sich zu tragen und jeder Amtsperson unaufgefordert vorzulegen habe. Diese Kennkarte war mit einem großen „J“ auf der Außenseite und einem gelben „J“ auf der Innenseite kenntlich gemacht, so dass keinerlei Zweifel an der Abstammung des Inhabers möglich waren. Zu diesem Zweck mussten spezielle Fotos angefertigt werden, auf denen das linke Ohr nicht von Haaren verdeckt sein durfte. Nationalsozialistische Rassenforscher hatten festgestellt, dass eines Juden linkes Ohr die semitische Abstammung verrate. Wie jedes sechzehnjährige Mädchen war ich eitel. Ich prüfte mein Ohr viele Male im Spiegel, verglich es mit dem der Berliner, denen ich in Verkehrsmitteln nahe kam. Aber ich konnte nichts entdecken, was meins von den anderen unterschied.

Zu dieser Zeit kolportierten Berliner Juden eine Begebenheit, von der keiner so recht wusste, ob sie sich tatsächlich zugetragen hatte: Angeblich war ein Teilnehmer aus dem Publikum im Rahmen einer NS-Veranstaltung auf das Podium gebeten worden, um am Beispiel seines Ohrs die rein arische Abstammung zu verdeutlichen. Der Nazi-Propagandaredner ahnte nicht, dass der Herr, den er zum Podium gebeten hatte, Jude war. Aus begrifflichen Gründen legte der keinen Wert darauf, sich vor dieser NS-Gemeinde zu offenbaren. Und so wurde das Ohr eines Juden zum arischen Demonstrationsobjekt. Diese Geschichte ging von Mund zu Mund. Man lachte über die primitive Einfalt, und dieses Lachen verhalf gewiss manchem dazu, die Demütigungen der 1938 erlassenen Anordnungen zu überwinden. Dazu gehörte, dass die neu ausgegebene Kennkarte mit Fingerabdrücken versehen sein musste, um das „Kriminelle“ als Wesensmerkmal des Juden hervorzuheben. Meine Eltern, die wohl fühlten, wie tief mich diese Anordnung traf, prägten mir ein, dass die Nazis kein Recht hatten, uns als Kriminelle zu brandmarken und bewiesen mir das mit den vielen Verbrechen, die sie seit ihrem Amtsantritt gegen die Menschlichkeit begangen hatten.

Als ich diesen Ausweis ausgehändigt bekam, musste ich zum ersten Mal mit dem Zusatznamen „Sara“ unterzeichnen. Ich hieß nun Ingeborg Sara Deutschkron. Laut Gesetz vom August 1938 erhielten alle männlichen Juden den Zusatznamen „Israel“, die weiblichen den Zusatznamen „Sara“. Dieser Zusatzname musste zwischen Vor- und Nachnamen eingefügt werden und ab 1. Januar 1939 auf allen Ausweisen, Urkunden und dergleichen aufgeführt sein. „Zuwiderhandlungen“, also das Weglassen dieses Zusatznamens bei Unterschriften, wurden mit bis zu einem Monat Gefängnis bestraft.

Ich bewunderte die Charakterstärke meiner Eltern, die es mir gegenüber vermochten, diese anmaßende Schikane mit heiterer Ironie abzutun. Mein Vater sprach nun von den zwei „Zores“ in Abwandlung des Namens Sara, die er nun hätte. „Zores“, das auch in den deutschen Sprachgebrauch

übergegangen ist, oder „Zaroth“, wie es auf Hebräisch heißt, bedeutet Sorgen.

Die Verordnungen, die im Jahr 1938 gegen die Juden in Deutschland erlassen wurden, ließen den Schluss zu, dass es dem NS-Regime mit der „Lösung der Judenfrage“, wie sie es proklamierten, ernst war. Besonders einschneidend wirkte sich die Verordnung über „die Anmeldung des Vermögens der Juden“ vom 26. April 1938 aus. Danach musste das gesamte in- und ausländische Vermögen eines jeden Juden, sofern es 5.000 Reichsmark überstieg, angemeldet werden. Damit erhielten die NS-Behörden eine vollständige Übersicht über das gesamte jüdische Vermögen im Deutschen Reich. Meine Eltern waren von dieser Verordnung nicht betroffen. Die Familie eines Beamten verfügte in der Regel nicht über ein solches Vermögen. Ich erinnere mich jedoch noch genau an die Unruhe, die auch bei uns und in unserem engsten Freundeskreis dadurch ausgelöst wurde. Die Freunde meiner Eltern, die Hitler zu Beginn der Machtübernahme als notwendigen Ordnungsfaktor begrüßt hatten, schwiegen nun betreten. Andere spürten, dass sie nun nicht mehr über ihren eigenen Lebensweg verfügen konnten.

Im Juni mussten dann aufgrund einer weiteren Verordnung jüdische Gewerbebetriebe öffentlich als solche gekennzeichnet werden. Ich sah, wie am Kurfürstendamm emsige Maler die Namen der jüdischen Geschäftsinhaber mit großen weißen Lettern auf die Scheiben der Schaufenster malten. Natürlich mit dem entsprechenden Zusatznamen „Israel“ oder „Sara“. Im Juli erfolgte der Entzug der Approbation für jüdische Ärzte und im September der für jüdische Anwälte. Einige durften als „Krankenbehandler“ weiter praktizieren.

Das alles waren Kennzeichen einer Entwicklung, die den Juden in Deutschland praktisch jede Existenzgrundlage entzog. Sie wurden überdies mit allen Mitteln staatlicher Macht schikaniert und gedemütigt.

Am 27. Oktober 1938 wurden 15.000 bis 17.000 in Deutschland ansässige polnische Juden und solche, denen nach 1933 die nach dem Ersten Weltkrieg angenommene deutsche Staatsangehörigkeit abgesprochen worden war, von SS und Polizei in einer Nacht- und Nebelaktion gewaltsam aus ihren Wohnungen geholt und an die polnische Grenze gebracht. Sie durften zehn Reichsmark mitnehmen und die Kleidungsstücke, die sie auf dem Leibe trugen. An der deutsch-polnischen Grenze irrten diese Menschen Tage lang im Niemandsland umher. Die polnischen Behörden verweigerten ihnen zunächst die Aufnahme. Um die in Deutschland verfolgten polnischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens nicht wieder aufnehmen zu müssen, hatte die polnische Regierung vorsorglich angeordnet, dass der polnische Pass seine Gültigkeit verliere, wenn der Inhaber länger als fünf Jahre außerhalb Polens gelebt hatte. Diese Verordnungen standen im Einklang mit

dem Antisemitismus, der das polnische Volk viele Jahrhunderte im Griff hatte. Die 1917 per Gesetz eingeführte Gleichberechtigung der Juden hatte daran rein gar nichts geändert. Pogrome rissen auch Anfang der zwanziger Jahre nicht ab. Viele Juden flohen daraufhin in den Westen.

Am Morgen des 28. Oktober 1938 blieben viele Schulbänke in meiner Klasse leer. Als unsere Klassenlehrerin die Namen der Schülerinnen einzeln aufrief, meldeten sich viele nicht mehr. Wortlos legte sie dann das Schulheft der Betreffenden beiseite. Selten war es wohl so mucksmäuschenstill in einem Klassenzimmer wie an diesem Morgen. Wir waren schon alt genug, um uns vorstellen zu können, was sich in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober in jenen Straßen Berlins zugetragen hatte, in denen vornehmlich jüdische Familien aus dem Osten gewohnt hatten.

Der Kontakt zwischen deutschen und aus Polen geflohenen Juden war in Berlin nicht sehr eng gewesen. Viele deutsche Juden fürchteten, dass das andere Erscheinungsbild dieser Menschen den Antisemitismus in Deutschland noch schüren würde und hatten immer gehofft, die Polen würden nach Amerika, ihrem ursprünglichen Ziel, weiter wandern. Ähnlich wie meine Eltern drückten jedoch viele Berliner Juden ihre Empörung über die Vertreibung der polnischen Juden aus. Diese Art der Behandlung hatten sie nicht gewollt. Noch immer schien ihnen auch eine vergleichbare Behandlung deutscher Juden nicht im Bereich des Möglichen. Doch knapp zwei Wochen danach, am 9. November 1938, öffneten die Nazis ein neues Kapitel jener Akte, die die „Lösung der Judenfrage“ zum Thema hatte.

Die Eltern des in Paris lebenden Herschel Grynszpan waren unter den aus Deutschland abgeschobenen polnischen Juden. Der 17-Jährige schwor, an den Deutschen Rache zu nehmen. Er ging in die deutsche Botschaft und verlangte den Botschafter zu sprechen. Als er schließlich von einem Botschaftsangehörigen, Legationsrat Ernst vom Rath, empfangen wurde, glaubte er den Botschafter vor sich zu haben und schoss ihn nieder. Vom Rath rang eine Woche lang mit dem Tode. In dieser Zeit setzte eine fürchterliche Hetzkampagne gegen das „Weltjudentum“ ein. In riesigen Balkenüberschriften klagten deutsche Zeitungen die Juden aller nur denkbaren Verbrechen an. Sie seien Betrüger, Kriminelle, Diebe, wollten das deutsche Volk vernichten. Sie hätten nun die Maske von ihrem Gesicht gerissen. In jenen Tagen hat zweifellos nicht nur die Mutter des Ernst vom Rath für das Leben ihres Sohnes gebetet. „Wenn der bloß nicht stirbt ...“, so begannen alle Gespräche unter den Berliner Juden. Doch er starb. Das war das Signal zum ersten staatlich organisierten Pogrom in Deutschland. Und es war gut vorbereitet. Polizeiämter erhielten Tage zuvor Anweisung, Aktionen gegen Juden nicht zu behindern. 20.000 bis 30.000, vornehmlich wohlhabende Juden, sollten festgenommen werden. SA-Männern sollte die

Möglichkeit gegeben werden, ungehindert jüdische Geschäfte zu zerstören und durch eine Wache sicherzustellen, dass keine Wertgegenstände zerstört würden. Synagogen würden in Brand gesetzt werden. Häuser von Nichtjuden in unmittelbarer Nähe müssten geschützt werden.

An Nachmittag des 9. November 1938 erhielten wir mehrere Anrufe von Freunden, die in aller Eile und mit Angst in der Stimme mitteilten, dass der eine oder der andere ihrer Angehörigen verhaftet worden sei. Im Radio hörten wir von einer „spontanen Volkswut“, die Synagogen angezündet und jüdische Geschäfte zerstört hätte. 200 Synagogen wurden niedergebrannt, 800 Geschäfte zerstört, 7.500 geplündert. Augenzeugen berichteten, dass die Feuerwehr untätig dabei stand und dass die Polizei nicht zu Gunsten eines Juden oder jüdischen Besitzers eingriff. Es klappte alles, wie die Nazi-Behörden es vorgeplant hatten.

Am Morgen des 10. November hatten die Nachrichten sich überschlagen. Auf den Straßen Berlins war die Hölle los. Mit Äxten, Beilen und Knüppeln hatten SA-Männer in der voran gegangenen Nacht die Fensterscheiben der durch ihre Kennzeichnung leicht auszumachenden jüdischen Geschäfte eingeschlagen und eine heillose Zerstörung angerichtet. Auf dem Kurfürstendamm lagen besudelte Schaufensterpuppen inmitten von Glasscherben. Aus leeren Fensterhöhlen flatterten Kleiderfetzen im Wind. Plünderer hatten das Bild der Zerstörung und der Gewalt noch vervollständigt. In den Geschäften lagen herausgerissene Schubladen, verstreute Wäschestücke, zertrümmerte Möbel, zerschlagenes, zertretenes Porzellan, verbeulte Hüte. Dichte Rauchschwaden hingen über der Fasanenstraße, dort, wo die berühmte Synagoge stand.

Meine Eltern hatten sich von der Zerstörung überzeugen wollen, von der Freunde am Telefon berichtet hatten und waren am frühen Morgen auf die Straße gegangen. Wie versteinert blickten sie auf das angerichtete Unheil. Man sah auch nicht-jüdische Passanten, die verständnislos den Kopf schüttelten angesichts einer derartigen Verwüstung. Der Ausbruch der „spontanen Volkswut“, die Berichten zu Folge in der Provinz durch Übergriffe auf die Privatwohnungen jüdischer Mitbürger noch schlimmere Formen angenommen hatte als in Berlin, war der harmlose Auftakt einer „Vergeltung“, wie es hieß, für den „feigen Mord“ des Polen Herschel Grynszpan an dem deutschen Diplomaten vom Rath in der Deutschen Botschaft von Paris.

Mein Vater war am 10. November wie immer zu seiner Arbeitsstelle gefahren, der Theodor-Herzl-Schule am Kaiserdamm. Wenige Stunden danach klingelten zwei Beamte der Gestapo bei uns und verlangten, meinen Vater zu sprechen. Sie nahmen am Schreibtisch meines Vaters Platz und forderten von meiner Mutter zu wissen, wo sich mein Vater aufhielt. Meine Mutter gab vor, es nicht zu wissen. Sie habe ihn an seiner Arbeitsstelle vergebens zu erreichen

versucht. Sobald mein Vater auftauchte, solle er sich schleunigst in seinem Polizeirevier melden, forderten die Beamten energisch. Sie hatten kaum unsere Wohnung verlassen, als meine Mutter zum Telefon griff. „Verschwinde, sie sind hinter Dir her“, rief sie in den Apparat hinein und hängte schnell wieder ein. Sie erklärte mir, wie zu sich selbst sprechend, dass er nun sicher seinen Freund Dr. Otto Ostrowski, den ehemaligen Bürgermeister des Bezirks Prenzlauer Berg und SPD-Genossen, um Rat fragen würde. Sie könnte nun nichts anderes mehr tun.

Den ganzen Tag über hörten wir nichts von meinem Vater. Immer wieder überlegte meine Mutter voller Angst, ob die Gestapo ihn wohl geschnappt hätte wie die vielen anderen, von denen wir hörten. Am Abend wagten wir kein Licht zu machen, um vor unseren Nachbarn Abwesenheit vorzutäuschen. Plötzlich hörten wir die Wohnungstür knarren. Mein Vater schlich in die Wohnung. „Wenn die Polizei mich abholen will, kann ich mich doch nicht einfach verstecken“, sagte er zum Entsetzen meiner Mutter. Und er sei doch noch immer preußischer Beamter, fügte er hinzu. Er würde nun die Nacht zu Hause verbringen. Meine Mutter lief zum Telefon und bat den alten Freund Dr. Ostrowski zu kommen und zu entscheiden, was nun zu tun sei. Der dachte nicht lange darüber nach. In einem Taxi schickte er meinen Vater zu den Eltern seiner Freundin in Berlin-Neukölln. Eine ehemalige Rektorin einer weltlichen Schule, Frau Giese, nahm meine Mutter und mich auf, damit wir nicht gezwungen würden, noch einmal der Gestapo Rede und Antwort zu stehen, sollte sie noch einmal meinen Vater abzuholen beabsichtigen.

Mein Vater besuchte uns gelegentlich, um mit uns zu besprechen, was nun weiter zu tun sei. Wir konnten nicht ewig versteckt bleiben, obwohl es uns im Grunde noch gut ging. Die wenigen Male, die wir uns im Schutze der Dunkelheit auf die Straße gewagt hatten, konnten wir Männer und Frauen beobachten, die sich offenbar in ähnlicher Lage wie wir, in Hausfluren trafen, hastig einige Worte wechselten, Pakete tauschten und sich ebenso rasch wieder voneinander trennten.

„Meinst Du nicht, dass ich mich stellen muss?“ Mein Vater fragte es immer wieder. Er konnte nicht fassen, dass es rechtens wäre, dieser neuen staatlichen Autorität und ihren kriminellen Gesetzen mit Mitteln zu trotzen, die „illegal“ waren. Ohne das ständige Zureden von Dr. Ostrowski wäre mein Vater meiner Mutter wohl kaum gefolgt. In den Gesprächen meiner Eltern war nun auch gelegentlich von Auswanderung die Rede. Man beschloss, einer Kusine meines Vaters zu schreiben, die, weil sie in England geboren war, uns vielleicht zu einer Einwanderung nach England verhelfen könnte. Früher pflegten wir nur Grüße zum Jahreswechsel auszutauschen. In der Nazizeit hatten wir das Bestreben, unsere ausländischen Kontakte über das Geschehen in Nazi-Deutschland zu informieren. Nichtjüdische Freunde, die ins Ausland fuhren, dienten als Boten für unsere Briefe.

Auf diese Weise erreichte auch unsere Anfrage Kusine Daisy Landa in London, ob sie uns zu einer Einreise nach England verhelfen könnte. Als wir nach zwei Wochen im Versteck nach Hause zurückkehrten, fanden wir die Zustimmung der Kusine vor. Sie würde die vom Staat für einen zeitweiligen Einwanderer festgesetzte Garantiesumme zur Verfügung stellen, die versicherte, dass der Einwanderer nicht dem Staat zur Last fallen würde. Ein Antrag meines Vaters auf ein Zertifikat nach Palästina, Jahre zuvor als eine Möglichkeit, Deutschland irgendwann verlassen zu können, gestellt, wäre hilfreich, schrieb sie, da mein Vater nicht in England zu bleiben beabsichtigte. Sie bedauerte, der hohen Garantiesumme wegen den Antrag nur für ihn stellen zu können. Wir aber waren so davon überzeugt, dass mein Vater, einmal in England, meine Mutter und mich auch nachholen könnte - irgendwie trotz all der Barrieren, die England sowie alle anderen Länder gegen Einwanderer errichtet hatten. Darum lehnte ich auch den Vorschlag meiner Eltern ab, mit einem Kindertransport nach England zu reisen. England hatte seine Bereitschaft erklärt, 10.000 Kinder ohne Eltern aufzunehmen. Ich aber wollte mich auf keinen Fall von meinen Eltern trennen.

Die Aktion der Gestapo gegen die Juden hatte zwei Wochen gedauert. Danach wurden einige Männer aus dem Konzentrationslager entlassen, wenn sie konkrete Auswanderungsvorbereitungen nachweisen konnten. Auch Großbritannien bot an, Männer aufzunehmen, die in jenen Novembertagen ins KZ verschleppt worden waren. Doch wie sahen diese Männer aus! Die Köpfe waren kahl geschoren, einige hatten erheblich an Gewicht verloren, andere waren von Schlägen ganz entstellt. Die meisten machten einen verstörten Eindruck. Kaum einer von ihnen sprach über das Erlebte, und das nicht nur, weil sie bei der Entlassung hatten unterschreiben müssen, sie seien gut behandelt worden. Dass es auch viele Todesfälle gegeben hatte, und dies nicht nur unter den alten und kranken Verhafteten, wurde nur hinter vorgehaltener Hand erzählt.

Dem physischen Leiden der Juden folgten nun Gesetze und Strafen. Eine Milliarde Reichsmark als Buße für den Tod des Diplomaten vom Rath, zahlbar in vier Raten, mussten die Juden in Deutschland auf Weisung der Regierung vom 11. November 1938 aufbringen. Weiter wurde angeordnet, dass die Juden für die Behebung der Schäden vom 9. November an Geschäften und Wohnungen allein aufzukommen hätten. Deren sofortige Wiederherstellung war ebenfalls Pflicht. Entschädigung durch Versicherungen für an Gebäuden entstandene Schäden wurde den Juden nicht zugesagt. In einem Kommuniqué hieß es, die Schäden seien auf die Abneigung des deutschen Volkes gegenüber der Agitation des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8. und 9. November zurückzuführen. Dann folgten Verbote, die Juden den Besuch von Museen, Kinos, Theatern, Konzertsälen, Parks untersagten.

Die Verfolgungen und Diskriminierungen, die sich die nationalsozialistische Regierung gegen die Juden ausdachte, führten dazu, dass die Menschen wieder in die Synagogen strömten. Sie suchten Erklärung, Halt, Trost für die Leiden, die man ihnen aufbürdete. Diese Aufgabe fiel den Rabbinern zu, von denen sich zwei – Dr. Joachim Prinz und Dr. Max Nussbaum – besonders ausgezeichnet haben müssen. Ihre Predigten waren stets überfüllt. Viele weinende Menschen verließen danach die Synagogen. Es ließe sich darüber streiten, ob ihre Predigten die moralische Stärkung bewirkten. Später, zur Zeit der Deportationen, waren die meisten Rabbiner nicht mehr in Berlin. Sie waren rechtzeitig ausgewandert.

Die deutschen Juden begannen endlich die Wirklichkeit zu begreifen. Sie eilten von Konsulat zu Konsulat, standen oft Stunden lang in der Schlange der Wartenden, um sich über mögliche Einreisebedingungen zu informieren. Dabei mussten sie feststellen, dass die meisten Länder unerfüllbare Bedingungen stellten. Verwandte ersten Grades als Bürger, hohe Geldsummen als Garantie, damit der Einwanderer dem jeweiligen Staat nicht zur Last fiel. Sie begründeten dies mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Deutschen Juden war es verboten, mehr als zehn Reichsmark ins Ausland mitzunehmen. Und wie viele deutsche Juden hatten schon wohlhabende Verwandte im Ausland, die als Bürgen dienen konnten oder noch frei verfügbare Mittel? Im Februar 1939 hatte man sie der letzten Werte beraubt, als man die Abgabe von Gold, Silber, Platin, Edelsteinen und Perlen von ihnen forderte. Trotz allem stiegen die Zahlen der Auswanderer 1938/39 auf 120.000, zweifellos als Folge der immer aggressiver werdenden antijüdischen Politik und der Gefahr eines Weltkrieges. Diese Zahlen wären sicher noch höher gewesen, wenn die westliche Welt ihre sehr eingeschränkte Einwanderungspolitik modifiziert hätte.

Es war in der Tat wie ein Gesellschaftsspiel, das niemals endete, wenn sie verzweifelt vor einer Weltkarte saßen und mit den Fingern ein Land suchten, das sie einlassen würde. Shanghai und Aleppo boten sich ihnen an, aber die wenigsten wussten etwas über diese Orte und ihre Bedingungen. „Hast Du schon Neuseeland probiert?“ „Was ist mit Paraguay?“ „10.000 Mark soll ein Visum nach Venezuela kosten?“, so fragten sie einander aus. Nur einer hatte Positives zu vermelden. Der Staat Kolumbien war bereit, Menschen mit landwirtschaftlichen Kenntnissen aufzunehmen. Für Berliner schien dies wenig attraktiv. Und doch erhielten einige die Einreise: sie hatten sich als Gärtner ausgegeben.

Eines der krassesten Beispiele für die Art, wie ein Land nach dem anderen seine Tore vor Einwanderern verschloss, war die Irrfahrt der St. Louis, die am 13. Mai 1939 mit mehr als 930 Flüchtlingen an Bord aus Deutschland nach Kuba auslief. Sie alle glaubten im Besitz gültiger Visa zu sein, die sie

für viel Geld erworben hatten. Doch der Präsident Kubas hatte kurz vor ihrer Einschiffung diese Visa für ungültig erklärt. Eine Tatsache, die den Flüchtlingen unbekannt war. Als das Schiff am 27. Mai in kubanische Gewässer einlief, versagte ihm die kubanische Regierung die Landeerlaubnis. Nach quälenden Verhandlungen musste das Schiff wieder Kurs auf Europa nehmen. Die kubanische Marine hatte Anweisung, Gewalt anzuwenden. Jeder Versuch des deutschen Kapitäns, seine Passagiere in einem anderen Land, etwa in den USA, auszuladen, scheiterte. Von den mehr als 930 Passagieren fanden einige in England, Holland, Belgien oder Frankreich ein fragwürdiges Asyl. Die übrigen mussten mit der St. Louis nach Deutschland zurückkehren. Über ihr Schicksal gibt es wohl wenig Zweifel.

Das Klirren der Scheiben vom 9. November 1938 hat das Ausland nicht dazu veranlasst, seine Einwanderungspolitik auch nur um ein Jota zu ändern. Und auch nicht die deutliche Sprache einer Ankündigung im „Völkischen Beobachter“, dem Zentralorgan der NSDAP vom 23. November, das deutsche Volk sei „zur endgültigen und unweigerlich kompromisslosen Lösung des Judenproblems aufgebrochen“.

Auch mein Vater verstand diese Sprache und begriff, dass dies ernst gemeint war. Schweren Herzens begann er mit den Formalitäten, deren Erfüllung die Nazis vor die Auswanderung gesetzt hatten. Er bekam den mit dem „J“ versehenen Reisepass ausgehändigt, in den das Konsulat Großbritanniens das Visum eintrug. Es folgte die sogenannte Reichsfluchtsteuer, die jeder auswandernde Jude zu entrichten hatte. Ein Zollbeamter prüfte den Inhalt seines Gepäcks und genehmigte es zur Ausfuhr. Doch mein Vater hat den Termin seiner Abreise immer wieder hinausgezögert. Eines Tages erhielt er eine Vorladung zur Gestapo. Ein Jude habe kein Recht, einen Namen zu tragen, in dem das Wort „Deutsch“ vorkomme, hieß es da. „Wählen Sie zwischen den Namen ihrer beiden Großmütter.“ Meines Vaters Wahl fiel auf den Namen Besser, und er unterschrieb ein vorbereitetes Formular, mit dem er „freiwillig“ auf den Namen Deutschkron verzichtete. Diese Episode sorgte dafür, dass selbst ihm die Abreise nunmehr als dringend geboten erschien, da Pass und Visum für England auf den Namen Deutschkron ausgestellt waren.

Wenige Wochen nach seiner Abreise wurden meine Mutter und ich ebenfalls zur Gestapo bestellt, um gleichfalls die „freiwillige“ Änderung unseres Namens zu beantragen. Der Ausbruch des Krieges verhinderte die weitere Bearbeitung dieser Angelegenheit.

Am 19. April 1939 fuhr mein Vater nach Großbritannien. Am Anhalter Bahnhof verabschiedeten sich seine drei Geschwister und natürlich meine Mutter und ich. Immer wieder mahnte ihn meine Mutter, alles zu tun, damit wir ihm bald folgen könnten. „Ganz gleich, was für eine Arbeit Du für uns findest,

nur raus hier.“ Die Geschwister weinten, als ahnten sie ihr Schicksal voraus. Tatsächlich hat nicht einer von ihnen überlebt. Mein Vater war kreidebleich, sagte kein Wort, nickte nur, wenn er angesprochen wurde.

Seine ersten Briefe klangen interessant. Er entdeckte eine neue Welt. Aber das, worauf wir so dringend warteten, stand nicht drin. Er selbst habe keine Aussichten auf eine Arbeitsstelle, betätigte sich ehrenamtlich im Bloomsbury House, wo man Einwanderern und solchen, die es werden wollten, half. Inzwischen verschärfte sich die internationale Lage, die Krieg nicht mehr ausschloss. Hitler forderte die Rückgabe der nach dem Versailler Vertrag zur Freien Stadt unter Aufsicht des Völkerbundes erklärten Stadt Danzig und des Polnischen Korridors, der Polen den Zugang zum Meer sicherte. Es erschien unwahrscheinlich, dass die Westmächte abermals seinen Forderungen nachgaben. Meine Mutter schrieb meinem Vater drängende Briefe. „Liest Du keine Zeitungen?“ Offene Hinweise auf die Kriegsgefahr in Auslandsbriefen, die häufig zensiert wurden, konnten als Spionage interpretiert werden. Sie rang die Hände vor Verzweiflung, wenn er in seiner Antwort entweder auf die Forderung nicht einging oder seine Unfähigkeit unserer Bitte zu entsprechen erklärte.

Anfang August begleitete Paula Fürst, die ehemalige Direktorin der Theodor-Herzl-Schule, einen Kindertransport nach England. Meine Mutter bat sie inständig, meinem Vater klarzumachen, wenn er es nicht selber erkannt hatte, dass die Gefahr eines Krieges drohte. Ihre Worte müssen Eindruck auf ihn gemacht haben. Kurz nach Frau Fürsts Rückkehr nach Berlin erreichte uns die befreiende Nachricht, dass meine Mutter und ich als Hausgehilfinnen bei einem Professor in Glasgow arbeiten könnten. Frau Fürst hätte übrigens in England bleiben können, wie ihre Freunde es erwartet hatten. Sie kehrte nach Berlin zurück, weil sie nicht so recht wusste, was sie in England hätte tun können. In Berlin hatte sie eine Aufgabe, hatte eine Wohnung, Freunde und eine Pension, so ihre Erklärung für ihre Entscheidung. Sie ist im Juni 1942 deportiert worden. Sie war eine von den 200.000 Juden, die zu Kriegsbeginn noch in Deutschland waren, die meisten ohne jede Möglichkeit der Auswanderung.

Meine Mutter bereitete unsere Auswanderung vor. Ein Teil unserer Habe, die uns für den Aufbau einer neuen Existenz im Ausland sinnvoll erschien, wurde in einen Container gepackt und sollte im Hamburger Freihafen auf den Abruf aus England warten. Alles Übrige musste verkauft werden. Wir übertrugen diese Aufgabe einem „Spezialisten“, der sich dieser Aufgabe routiniert und ohne Gefühlsregung unterzog. Die Käufer kamen, fielen über die angebotenen Waren her, die sie nun billig erwerben wollten. „Das ist doch nur Ballast für Sie“, so drängten sie. Es war schwer zu ertragen. Als das Letzte verkauft oder im Container verstaut war, mietete meine Mutter ein möbliertes Zimmer, in dem wir auf die Ausreise warten wollten. Sie war dabei nicht wählerisch.

Das Zimmer war dunkel, mit schweren alten Möbeln ausgestattet, Küche und Bad ziemlich schmutzlig. Freunde in einem Nebenzimmer machten uns den Umzug leichter. „Es ist ja nur für kurze Zeit“, trösteten wir uns. Der Monat August 1939 wurde für uns zur Qual. Tagtäglich wurde es klarer, dass Hitler Krieg wollte. Die Schilderung fürchterlicher Verbrechen, die Polen angeblich an Volksdeutschen verübten, füllten die Tageszeitungen. Die Deutschen ließen keine Zweifel daran, dass sie ihren Landsleuten zu Hilfe eilen würden, wäre das Leben deutscher Menschen weiterhin bedroht. Polen war in einem Beistandspakt mit England und Frankreich verbündet. Würden sie zu diesem Pakt stehen, sollten die Nazis in Polen einmarschieren? Aber bevor wir diese Frage zu Ende gedacht hatten, schreckte uns die Nachricht von einem Freundschaftspakt der Sowjetunion mit dem Nazi-Reich auf. Das war uns unbegreiflich. Es war ein unglaublicher Verrat der Sowjetunion an der freien Welt, den natürlich Verbündeten im Kampf gegen die Nazis. Eine momentane Beruhigung schien uns, dass dieses neue Bündnis die Kriegsgefahr wenigstens fürs Erste verminderte. Es schien uns unwahrscheinlich, dass die Westmächte zu ihrem Pakt mit Polen stehen würden, wenn sie auf diese Weise gegen das Nazi-Reich und die Sowjetunion in den Krieg ziehen müssten. Doch wir täuschten uns.

Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Freundschaftspaktes zwischen Moskau und Berlin am 23. August verteilte die Portiersfrau Lebensmittelkarten. Die unseren waren mit einem „J“ gekennzeichnet. Sie schlossen uns vom Kauf von Sonderrationen und unrationierter Ware aus. Auf den Straßen sah man junge Männer, die mit Paketen zu den Wehrmachtsämtern eilten. Pferde wurden durch die Stadt geführt. Es gab nun keine Zweifel mehr, Hitler war ernst dabei, den Krieg vorzubereiten. Der Pakt mit der Sowjetunion sicherte ihm die Möglichkeit, getrost und ohne eine Einmischung aus dem Osten fürchten zu müssen, den Westen provozieren zu können. Ein vorgetäuschter Überfall von Polen auf den Sender Gleiwitz wurde zum Vorwand. Am 1. September überschritten deutsche Truppen die polnische Grenze. Zwei Tage später, am 3. September, erklärten die Westmächte dem Nazistaat den Krieg. Meine Mutter versuchte noch einmal mit meinem Vater in London zu telefonieren. „England antwortet nicht mehr“, sagte das Fräulein vom Amt, und so blieb es sechs Jahre lang.

Es war Krieg. Noch schien es unrealistisch. Außer der Tatsache, dass am Nachmittag jenes 1. September Fliegeralarm gegeben wurde, von dem bis heute niemand so recht weiß, ob ein ausländisches Flugzeug in den deutschen Luftraum eingedrungen war. Brav gingen alle Hausbewohner mit der ihnen verordneten Luftschutztasche, die Trinkwasser und Medikamente enthielt und einer umgehängten Gasmaske in den Keller. Der Luftschutzwart in seiner neuen Uniform tat sich wichtig, indem er kontrollierte, wer von den Hausbewohnern anwesend war und gab ihnen Anweisung, wie man sich im

Ernstfall verhalten sollte. Uns Juden wies er eine Ecke im Keller an, in der wir schweigend saßen und unsere „arischen“ Hausgenossen nicht anzugucken wagten. Einer späteren Anweisung zu Folge mussten Juden bis zum letzten Ton der Entwarnung im Keller bleiben, damit sie dem Feind keine Lichtsignale geben konnten, wie es in der offiziellen Anordnung hieß.

Die Nazis nahmen den Beginn des Krieges zum Anlass, eine Vielzahl von Verordnungen gegen Juden zu erlassen, um sie, wie es hieß, an „staatsfeindlichen Handlungen“ zu hindern. Juden mussten ihre Rundfunkgeräte abgeben, ihre Telefonanschlüsse wurden abgeschaltet. Sie durften zwischen 20 Uhr abends und 6 Uhr morgens ihre Wohnung nicht verlassen, im Sommer ab 21 Uhr. Als Begründung für diese Anordnung wurde festgestellt, dass Juden die Verdunklung in den Straßen dazu genutzt hätten, „arische“ Frauen zu belästigen. Juden mussten Pelze, Feldstecher, Fotoapparate, elektrische Geräte einschließlich Bügeleisen, abliefern.

Der Verkauf von Seifen an Juden wurde untersagt. Männer, die sich aus Mangel an Rasierseife einen Bart würden wachsen lassen müssen, wären so leichter als Juden zu erkennen, so die offizielle Erklärung für diese Maßnahme. Juden durften keinen nichtjüdischen Friseur aufsuchen. Jüdische Friseurgeschäfte gab es längst nicht mehr. Wäschereien war es untersagt, Juden gehörende Wäsche zu waschen. Dies sind nur einige Beispiele der Verordnungen, die Juden das Leben schwer machten. Sie wurden im Laufe der Jahre bis zur endgültigen Deportation der Juden aus Berlin im Februar 1943 noch auf andere Gebiete ausgedehnt.

Meine Mutter hielt an ihrer Gewohnheit fest, diese Anordnungen wenn irgend möglich, nicht zu befolgen. Die von den Nazis von uns zur Abgabe geforderten Sachen lieferten wir bei unseren nichtjüdischen Freunden, „Aufbewahrier“ genannt, ab. Fast jede jüdische Familie hatte so einen guten Freund, der ihm diesen Liebesdienst erwies. Oftmals lagen kostbare Perserteppiche Jahre lang in Berliner Gartenlauben, wertvolle Musikinstrumente in feuchten Kellern, Pelzmäntel in verschlossenen Mottensäcken auf Hängeböden. Es gab wohl niemanden, der nicht einen Friseur oder eine Wäscherei fand, die ihn heimlich bediente.

Mit Beginn des Krieges verlor das hässliche Zimmer in der Hohenstaufenstraße für uns seinen Charakter einer Übergangsstation auf der Flucht in die Freiheit. Als wir dort einzogen, waren die meisten Zimmer dieser großen Wohnung an Menschen vermietet, die in einer ähnlichen Lage waren wie wir.

Sie lebten dort wie in einem Wartezimmer. Sie warteten auf Papiere, die ihnen die Tore fremder Länder öffnen sollten, damit sie den Verfolgungen in Deutschland entfliehen konnten. „Ich habe ein Visum nach Panama beantragt

und bin sicher, dass es mir in Kürze ausgehändigt werden wird.“ Ein anderer hatte sein letztes Geld, 10.000 Reichsmark, eingezahlt für ein Visum nach Venezuela. Andere waren sicher, dass ihr Affidavit nach den USA in wenigen Tagen in ihren Händen sein würde. Auf Verwandte vertrauten andere, die bereits ausgewandert waren und fest versprochen hatten, ihre Angehörigen nachzuholen. Briefe, die sie zur Geduld mahnten, die eigene finanzielle Lage ließe das noch nicht zu, waren keine Seltenheit. Es war, als hätten jene, die bereits im Ausland waren, vergessen, was es hieß, in Nazi-Deutschland verfolgt zu werden.

Es gab in der Tat noch in letzter Minute einige Ausreisen. Mancher wagte in seiner Not die Auswanderung nach Shanghai, über deren Bedingungen nichts Gutes zu hören war. Eine illegale Einwanderung nach Palästina auf Schiffen in zweifelhaftem Zustand wagten meist nur junge Menschen. Großbritannien, das das Mandat über Palästina hatte, beschränkte im Mai 1939 die Einwanderung nach Palästina für die folgenden fünf Jahre. Nur einige wenige von den vielen tausend Antragstellern erhielten noch rechtzeitig ihr Affidavit zur Einwanderung in die USA und konnten noch kurz vor Eintritt der USA in den Krieg (im Dezember 1941) legal ausreisen.

Am 23. Oktober 1941 verfügten die Nazis ein Auswanderungsverbot für die Dauer des Krieges. Ungefähr 70.000 Juden waren zu dieser Zeit noch in Berlin.

Meine Mutter teilte nicht die Meinung einiger unserer nichtjüdischen Freunde, die da glaubten, der Krieg würde in drei Monaten vorüber sein. Sie basierten ihre Meinung auf die vermeintliche Stärke der westlichen Alliierten. Wir suchten ein anderes möbliertes Zimmer, das unserem Geschmack mehr entsprach als das erste. Wir fanden es in der Solinger Straße 7. Ein gütiges älteres Ehepaar nahm uns auf. Sie hatten zwei Töchter. Die Älteste war nach Australien ausgewandert und hatte für die Eltern und die Schwester die nötigen Einreisevisa besorgt. Doch sie konnten nicht reisen. Denn die zweite Tochter litt an Tuberkulose und bekam keine Einreiseerlaubnis nach Australien. Daraufhin entschieden sich auch die Eltern gegen eine Auswanderung.

Hildchen, die kranke Tochter, war etwa Mitte zwanzig. Sie erhielt weder die Medikamente, die zu ihrer Gesundheit nötig gewesen wären, noch Milch oder Butter. Juden wurden die Lebensmittelrationen ständig gekürzt. Auf Kranke nahm man keine Rücksicht. Es gab Tage, an denen die Kranke wie besessen auf Leben war. Sie lud Freunde ein, die mit ihr tanzten und vergnügt waren und so taten, als sei das ganz normal. Darunter waren auch junge jüdische Ärzte, die wohl verstanden, was in der Kranken vorging. Ich begriff das alles nicht und war neidisch auf die Ausgelassenheit dieser jungen Leute. Mich, eine Siebzehnjährige, beachteten sie natürlich nicht. Am Tage nach diesen Tanzabenden war die junge Kranke am Ende ihrer Kräfte und es dauerte Tage, bis sie sich wieder erholte. Dafür opferten die Eltern ihre Rationen.

Da unsere Auswanderung in weite Ferne gerückt war und ich meine Schulzeit in der Jüdischen Mittelschule beendet hatte, musste ich etwas tun, irgend etwas. Als einzigen Ausbildungsort bot sich das Jüdische Kindergärtnerinnenseminar im Grunewald, Wangenheimstraße 36, an. Da ich noch immer Lehrerin werden wollte, war eine solche Ausbildung nicht so abwegig. Nur mit Hilfe von Paula Fürst konnte ich dort noch einen Platz bekommen. Die Alternative war Arbeit in einer Fabrik oder in einem jüdischen Haushalt. So hatten die Nazis verfügt. Es war verständlich, dass die Ausbildung im Kindergärtnerinnenseminar den Vorzug erhielt. Unter den Schülerinnen waren viele, die in normalen Zeiten ein Studium absolviert hätten, entsprechend war das Niveau ungewöhnlich hoch. Vor allem in Fächern wie Pädagogik und Psychologie. Für mich war auch die praktische Arbeit, die zu unserer Ausbildung gehörte, interessant, denn sie gab mir einen ersten Einblick in Teile des Berliner Judentums, die ich zuvor nicht kennen gelernt hatte.

Die Familie Keil brauchte mich als Putzfrau und als Betreuerin ihrer zwei Kinder. Sie lebten im Armenhaus der Jüdischen Gemeinde in der Pestalozzistraße im Hof der Synagoge. Einst waren sie gutsituierte Leute gewesen, denen eine Kette von Schuhmacherwerkstätten gehörte. Aus einem mir nicht erinnerlichen Grunde wurde der Familienvater verhaftet und die Werkstätten wurden geschlossen. Als er aus der Haft entlassen wurde, war er nicht mehr arbeitsfähig. Seine Frau war schwanger. Sie bewohnten ein Zimmer, das nur mit eisernen Bettstellen, einem Tisch und einigen Stühlen möbliert war. Der 7-jährige Sohn schlief in einer winzigen Kammer daneben. Das Essen holten sie vom Mittagstisch der Jüdischen Gemeinde, das im Hof ausgeteilt wurde.

Danach betreute ich zwei alte Damen in der Cauerstraße. Die beiden Alten lebten dort wie auf einer Insel. Kein Mensch kümmerte sich um sie. Sie hatten keine Familie. Sie konnten sich kaum noch bewegen und waren unendlich dankbar für alles, was ich für sie tun konnte.

Meine letzte Arbeitsstelle in der Ausbildung zur Kinderpflegerin war bei einer jungen Frau mit einem Baby. Der Ehemann war im KZ. Die Frau lebte mit ihrem Kind in einer muffigen dunklen Einzimmerwohnung im Osten Berlins. Die Toilette teilte sie mit anderen Bewohnern im Treppenhaus. Das Baby, wohl zwei Jahre alt, war noch nicht sauber. Wenn die Mutter das entdeckte, schlug sie das Kind mit einem Stock auf den Bauch. Das klagende Geschrei des Babys verfolgte mich bis spät in den Abend.

Nach einem Jahr musste ich meine Ausbildung beenden. Die Regierung strich meiner Mutter die meinem Vater zustehende Pension, da er sich im feindlichen Ausland aufhielt. Ich musste Geld verdienen. Bei der Familie Dr. Conrad Cohn, Lietzenburger Straße 8, wurde ich als Haustochter angestellt. Dr. Cohn arbeitete in einer hohen Position in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. In einer Fünzimmerwohnung lebte Cohn mit seiner Frau,

einer elfjährigen Tochter und seinen Eltern, die aus Breslau zu ihnen gezogen waren. Noch war sichtbar, dass sie reiche Leute waren. Perserteppiche bedeckten die Fußböden, das Mobiliar war meist antik, es gab viel Kristall und wertvolle Bilder. Als ich die Wohnung das erste Mal betrat, glaubte ich nicht, in einer von Juden bewohnten Wohnung zu sein. Andere ehemals reiche Juden hatten längst derart wertvollen Besitz verkaufen müssen. Die Nazis hatten deren Bankkonten konfisziert und ihnen nur das gelassen, was ihrer Meinung nach zum täglichen Leben nötig war. Dr. Cohn erklärte mir, er könne nicht anders leben als in einem derartigen Ambiente. Wie das möglich war, sagte er mir nicht. Die Cohns hatten viele Gäste - unter ihnen Hanna Kaminski, Cora Berliner, Arbeitskollegen von Dr. Cohn. Dazu gehörten zu dieser Gesellschaft der ehemalige Landgerichtsrat Dr. Arthur Lilienthal, Rechtsanwalt Dr. Eugen Fuchs - Menschen, die einst über die jüdische Gesellschaft hinaus bekannt waren. Man sprach über Hegel, diskutierte Kants Thesen, so als sei ihr Leben unverändert und reich an geistigen Genüssen. Ein Jahr durfte ich bei den Cohns bleiben. Dann zwang mich eine Verfügung im April 1940, die für alle Juden galt, in einer Fabrik zu arbeiten.

Ein Arbeitsamt für Juden in der Fontanepromenade 15 in Neukölln hatte die Aufgabe, Juden zu vermitteln. Es handelte sich um Arbeit in Munitionsfabriken, im Straßenbau, in der Straßenreinigung, auf Rieselfeldern, auf Kohlehalden. Eigenmächtige Stellensuche war verboten. Dr. Cohn schickte mich dennoch zu einer Dame der Jüdischen Gemeinde, der, wie sie sagte, Arbeitgeber bekannt waren, die Juden gut behandelten. Otto Weidt, Leiter einer Blindenwerkstatt, in der Besen und Bürsten produziert wurden, war einer von ihnen. Als ich in seine Werkstatt in der Rosenthaler Straße 39 in Berlin-Mitte kam, sah ich, dass er fast vollständig blind war.

Er bat mich, von mir und meiner Familie zu erzählen. Ihn interessierte besonders meines Vaters ehemalige Tätigkeit für die Sozialdemokratische Partei. Es war nicht schwer festzustellen, dass Weidt die Nazis hasste. Er bestellte mich für den folgenden Tag zum Arbeitsamt für Juden. Dort standen noch andere Männer und Frauen, die er einzustellen beabsichtigte. Er selber verschwand im Büro des Leiters Alfred Eschhaus. Plötzlich wurde die Tür aufgerissen und heraus stürzte Eschhaus und brüllte: „Ihr Dreckjuden, Ihr Itzigs, ich werde Euch Mores lehren. Wie kommt Ihr dazu, Euch selber eine Stelle zu suchen?“

Er befahl einem auf das Gebrüll hin herbei geeilten Untergebenen, uns als Strafe für unsere Eigenmächtigkeit zu den schwersten Arbeiten zu vermitteln. Ich kam zu ACETA, einer Tochterfirma der IG-Farben in Lichtenberg, in der Fallschirmseide produziert wurde. Es bedeutete, zehn Stunden an der Maschine zu stehen und darauf zu achten, dass der Faden nicht abbriss oder die Spulen leer liefen. Wir hatten einen Frühstücksraum, in dem nur ein Tisch stand, keine Stühle. Wir mussten den „Judenstern“ an unserem Kittel

befestigen, damit niemand in der Fabrik irrtümlich mit uns Kontakt aufnahm. Die Vorarbeiterin sprach mit uns nur von einem Meter Entfernung aus. Flüche und Beleidigungen waren an der Tagesordnung. Die jüdischen Arbeiterinnen dachten nur darüber nach, wie sie aus dieser Fabrik entlassen werden konnten. Wer Unterleibskrankheiten, Magengeschwüre oder Knochenprobleme nachweisen konnte, durfte keine stehende Arbeit machen. Dies entschied die Krankenkasse der IG-Farben, die damals auch noch jüdischen Arbeiterinnen Krankengeld zahlen musste. So fanden und erfanden jüdische Frauen einen Weg zu ihrer Entlassung.

Ich zerbrach mir den Kopf, aber ich - 19 Jahre alt und sehr gesund - fand keine entsprechende Krankheit. Doch eines Tages hatte ich eine Idee: Ich ging zur Arbeit auf hohen Absätzen von Tanzschuhen. Das hieß 13 Stunden stehen, da wir auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht sitzen durften. Nach drei Tagen konnte ich mein rechtes Knie nicht mehr bewegen. Nach unangenehmen Untersuchungen und dem Beistand eines nichtjüdischen Arztes, der in einem Attest erklärte, dass ich keine stehende Arbeit machen dürfte, wurde ich tatsächlich von der IG-Farben entlassen.

Otto Weidt strahlte vor Begeisterung über meine List und versprach, bei nächster Gelegenheit noch einmal den Versuch zu machen, meine Anstellung in seiner Werkstatt zu erwirken. Eines Tages nahm er seinen weißen Stock, seine Blindenbinde, die er nur trug, wenn er in Ämtern eine gewisse Atmosphäre schaffen wollte. Ich machte einen großen Verband um mein verletztes Knie, nahm ebenfalls einen Stock und so zogen wir beide zum Arbeitsamt. Weidt hatte noch ein Paket unter dem Arm. Dieses Mal katzbuckelte Eschhaus vor ihm und führte ihn in sein Büro. Nach wenigen Minuten kamen beide zurück, Weidt ohne das Päckchen, das er zuvor unter dem Arm getragen hatte. Eschhaus folgte ihm und sagte mit einem Blick auf mich: „Wir sind Ihnen, Herr Weidt, so dankbar, dass Sie uns immer diejenigen abnehmen, die wir anderweitig nicht unterbringen können.“ Als wir ein Stück vom Arbeitsamt entfernt waren, warf Weidt seinen Stock weg, nahm seine Blindenbinde ab, ich spielte lässig mit meinem Stock und wir lachten und lachten.

Als wir in die Werkstatt zurückkehrten, gestand Weidt mir, dass er eigentlich keine Arbeit für mich hätte. Doch er schuf sie für mich. Ich musste das Telefon bedienen, eine Expedition für die eingehenden und ausgehenden Waren einrichten und Rechnungen schreiben. Alles Arbeiten, für die nicht unbedingt eine volle Arbeitskraft benötigt wurde.

Otto Weidt beschäftigte etwa dreißig jüdische Blinde und Taubstumme. Er hatte einen großen Auftrag für Besen und Bürsten von der Wehrmacht, was seiner Werkstatt den Titel eines wehrwichtigen Betriebs einbrachte. Daraufhin erhielt er Rohmaterialien zugeteilt und konnte produzieren. Doch er lieferte

die hergestellten Waren nicht sofort an die Wehrmacht aus. Wenn diese sie anmahnte, lieferte er einen Teil der Bestellung und erklärte einen Mangel an Rohmaterialien als Grund für die Säumigkeit. Tatsächlich aber nützte er einige der durch die Rohmaterialien hergestellten Waren für seine eigenen Geschäfte. Große Kaufhäuser nahmen sie ihm ab und gaben ihm dafür andere auf dem Markt schwer erhältliche Waren. Damit bestach er Beamte und verteilte Tabak und Lebensmittel an seine Arbeiter. Uns Büroarbeiter lud er ab und zu zu einem geselligen Abend ein, an dem der Wein reichlich floss und wir uns wieder einmal satt essen konnten. So viel er uns auch eingoss, niemand von uns wurde betrunken. Unsere Nerven waren in Folge der ständigen Maßnahmen gegen uns viel zu angespannt, um wenigstens fröhlich zu sein.

Zu den einschneidendsten Maßnahmen gehörte der „Judenstern“, der auf dem äußeren Kleidungsstück fest angebracht werden musste. An jenem 19. September 1941 trug ich diesen „Stern“ zum ersten Mal. Zusammen mit meiner Kollegin Alice Licht gingen wir wie jeden Tag zur U-Bahn. Wir fürchteten natürlich Reaktionen von der Bevölkerung. Aber die kamen nicht. Natürlich guckten die Leute uns an, einige verstohlen freundlich, andere mit Gehässigkeit im Blick, die Mehrheit guckte sozusagen durch uns durch. Es geschah ab und zu, dass mir jemand im Gewühl der Fahrgäste etwas in meine Manteltasche steckte - einen Apfel oder ein paar Fleischmarken, offenbar wissend, dass die Lebensmittelrationen für Juden ständig weiter gekürzt wurden. An jenem ersten Tag des Sterntragens bot mir ein Herr seinen Sitzplatz in der U-Bahn an. Ich lehnte ihn ab, da es mir verboten war, in öffentlichen Verkehrsmitteln zu sitzen. Er bestand darauf, erst als ich ihm klar machte, dass nicht er sondern ich verhaftet würde, wenn ich mit dem „Stern“ am Mantel einen Sitzplatz einnehmen würde, gab er nach.

Schlimm erging es jüdischen Kindern. Vom 6. Lebensjahr an mussten auch sie den „Stern“ tragen. Da Kinder grausam sein können und den ständigen Hetzreden gegen Juden ebenso ausgesetzt waren wie die Erwachsenen, schlugen sie oftmals auf jüdische Kinder ein, es sei denn ihre Eltern hatten den Mut, das ihnen vermittelte Judenbild zu korrigieren.

An Nachmittagen zwischen 16 und 17 Uhr wimmelte es in manchen Gegenden Berlins von jüdischen Frauen, die ihre Einkäufe tätigten. Es war die einzige Stunde, die ihnen dafür gewährt wurde. Mit dem „Stern“ am Mantel hätten sie nicht wagen können, ihre Einkäufe außerhalb der ihnen gewährten Stunde zu machen. Die Frauen hetzten von Geschäft zu Geschäft, so dass dieser Ansturm den Geschäftsleuten die Möglichkeit nahm, ihren Stammkunden etwas zuzustecken, so wie es vielfach zuvor der Fall gewesen war.

Der „Stern“ schränkte auch mein Leben ein. Während ich zuvor trotz des Verbots kulturelle Veranstaltungen besucht hatte, wäre dies mit dem „Stern“

nicht mehr möglich gewesen. Ich aber fand die kulturellen Veranstaltungen als Ablenkung von den ständigen Quälereien für mich als notwendig zur Erhaltung meiner Kraft. So ersann ich einen Weg, mit dem „Stern“ aus dem Haus zu gehen und irgendwo im Dunkeln, die Jacke mit dem „Stern“ durch eine ohne „Stern“ zu ersetzen, die ich in einer Tasche mit mir trug. Ich entfloh damit auch der uns zgedachten Gefangenschaft, die uns zwang, von abends 20 bis morgens 6 Uhr in unseren Wohnungen zu bleiben. Das Radio hatte man uns längst abgenommen. Wir durften keine Zeitungen kaufen. Neue Bücher standen uns nicht zur Verfügung. Sie wären ohnehin nicht nach unserem Geschmack gewesen. Bücher ausländischer und jüdischer Autoren waren verboten. Private Bibliotheken waren meist mit dem übrigen Hausrat verramscht worden. Ein Zusammentreffen mit Freunden oder Verwandten war wegen des Verbots, nach 20 Uhr die Wohnung zu verlassen, fast unmöglich. Zumal alle arbeitsfähigen Juden zu Schwerstarbeit verpflichtet waren und aufgrund der meist ungewohnten körperlichen Tätigkeit viel zu erschöpft waren, um noch ein geselliges Leben zu führen. Es blieb ihnen nur der Sonntag, den die meisten aber dazu brauchten, neue Kraft für die kommende Arbeitswoche zu schöpfen.

Um einer alten Freundin der Familie meiner Mutter einen Gefallen zu tun, zogen wir noch einmal um. Am Bayerischen Platz hatte Olga Rosenberg eine große Wohnung mit einigen schönen antiken Möbeln, die sie nach und nach verkaufen musste, um leben zu können. Sie war, wie man sich zu jener Zeit eine alte Dame der Gesellschaft vorstellte. Stets gut gekleidet, legte sie Wert auf gute Manieren und folgte den Regeln des savoir vivre. Ein Damenkränzchen war der Mittelpunkt ihres Lebens. Die alten Damen spielten Karten und taten so, als hätte sich das Leben um sie herum nicht geändert. Gespräche über Politik, die ihre Lage als Jüdinnen betrafen, führten sie nicht. Meine Mutter und ich genossen da eher die Freundschaft der Nachbarin Elsa Becherer, die uns über die Hintertür unserer Wohnung des Öfteren irgend welche Leckerbissen zukommen ließ, von denen sie wusste, dass sie in unseren Rationen nicht enthalten waren.

Ab und zu lud sie mich zum Abhören des englischen Senders BBC ein, der unserer Meinung nach eine glaubhaftere Version des Kriegsverlaufs ausstrahlte als der deutsche Rundfunk. Das Abhören ausländischer Sender war allerdings auch für Nichtjuden bei Todesstrafe verboten. Doch das schreckte Menschen nicht, die wie wir das Ende des Naziregimes herbeisehnten. Diese Abende bei Frau Becherer und ihren Freunden lenkten mich von den Ängsten ab, was wohl die Nazis noch mit uns vorhatten. Wir wussten nichts von einem Auftrag der Regierung an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich vom 31. Juli 1941, alle erforderlichen Vorbereitungen für eine „Gesamtlösung der Judenfrage“ im deutschen Einflussgebiet in Europa zu treffen. Frau Becherer, die Astrologie studiert hatte, versuchte uns Mut zu machen. Sie schwor, dass die Konstellation der Sterne ein baldiges Ende der

Nazis und unseres Elends aufzeigten. Sie tat dies so überzeugend, dass wir daran glauben wollten.

Zunächst nahmen aber die Schikanen, die Verbote, die einschränkenden Maßnahmen gegen uns ständig zu. Einmal war es das Verbot, Telefonzellen zu benutzen. Dann wurde uns der Bezug von Fleisch, Eiern, Gemüse, Obst, Kuchen verboten. Glücklicherweise half uns unser Fleischer Krachudel heimlich aus. Und auch die Familie Junghans, die mit Hilfe meines Vaters nach 1933 ein Obst- und Gemüsegeschäft hatte aufbauen können. Wohnungen, in denen Juden wohnten, mussten mit dem „Stern“ gekennzeichnet sein. Haustiere mussten abgegeben werden, einschließlich der Führhunde für Blinde. Diese Auflistung ist natürlich unvollständig. Wir hatten ohnehin Mühe, all die Beschränkungen in unser Leben aufzunehmen. Ich habe sie bewusst ständig übertreten. Dies schien uns gleichermaßen gefährlich zu sein, wie sie zu befolgen.

Eines Tages, Anfang Oktober 1941, erhielt unsere Mitbewohnerin Frau Hohenstein ein Formular von der Jüdischen Gemeinde, auf dem sie ihren Besitz aufzulisten hatte. Und der schloss Laken und Unterhosen ein. Wir nahmen diese „Listen“, wie wir sie nannten, nicht sehr ernst und glaubten, dass wir sie sicher auch noch erhalten würden. Am 16. Oktober stürmte Herr Hefter, ein Angestellter der Jüdischen Gemeinde, in die Blindenwerkstatt. Er machte einen fast wirren Eindruck, als er forderte, unverzüglich mit Otto Weidt sprechen zu können. Ihm berichtete er, was noch streng geheim war, dass am gleichen Abend eintausend Juden aus ihren Wohnungen geholt und abgeschoben werden sollten. Es handelte sich um jene, die diese „Listen“ erhalten hatten. Ich konnte und wollte es nicht glauben, dennoch hörten wir nicht auf, an Frau Hohenstein zu denken, eine ungefähr 65-jährige kränkelnde Frau, die ihre Enkelkinder betreute. Meine Mutter und ich diskutierten Stunden lang, ob wir Frau Hohenstein von dieser Nachricht Kenntnis geben sollten. Wir taten es nicht. Was wäre der Sinn gewesen? Und wer wusste, ob es überhaupt stimmte. Doch dann verlangten tatsächlich nach 20 Uhr zwei Gestapobeamte Einlass zum Zimmer der Frau Hohenstein. Es vergingen höchstens zehn Minuten, da kam Frau Hohenstein, das Gesicht kreidebleich, zu uns mit der Mitteilung, dass sie weggebracht würde, wohin wüssten die „Herren“ auch nicht. Dann führten diese „Herren“ sie zur Tür. Wir hörten, wie sie zugeschlagen wurde und vernahmen noch die leise trippelnden Schritte der Frau und die hallenden Tritte der Stiefel im Treppenhaus. Dann war es wieder vollkommen still.

Am nächsten Morgen verbreitete sich schnell die Nachricht, die etwa eintausend Menschen, die am Abend zuvor abgeholt worden waren, seien in der Synagoge Levetzowstraße untergebracht worden. Niemand durfte zu ihnen. Wenige Tage später wurden sie am Bahnhof Putlitzstraße verladen und,

wie sich später in Berlin herumsprach, ins Ghetto Litzmannstadt eingewiesen. Diesen Namen des Generals des Ersten Weltkrieges und späteren NSDAP-Reichstagsabgeordneten Karl Litzmann hatten die Nationalsozialisten der polnischen Stadt Łódź gegeben. Von dort erhielten wir auch tatsächlich eine vorgedruckte Karte von Frau Hohenstein mit den Worten: „Mir geht es gut. Ich bin in Łódź. Schickt mir Pakete.“ Dazu war eine Nummer angegeben, die wohl schon auf ihren Arm tätowiert war.

Von da an gingen jeden Monat Transporte mit ca. eintausend Menschen von Berlin ab. Ihr Ziel blieb uns unbekannt. Die Gestapo gab der Jüdischen Gemeinde Direktiven, welche Art Menschen sie jeweils zu deportieren gedachte. Die Jüdische Gemeinde musste die Listen der Namen der gewünschten Personen zusammenstellen. Mal handelte es sich um Sozialhilfeempfänger, mal um Behinderte oder um Frauen mit Kindern oder Menschen, die von den Fabriken entbehrt werden konnten. Sie wurden durch die „Listen“, auf denen sie ihren Besitz eintragen mussten und einen Vermerk, wann sie sich bereit zu halten hatten, auf ihre „Abwanderung“, wie es offiziell hieß, vorbereitet. Die Jüdische Gemeinde fügte dem noch ein Merkblatt hinzu: „Wir bitten Sie herzlich, diese Anweisungen genauestens zu befolgen und die Transportvorbereitungen in Ruhe und Besonnenheit zu treffen. Die von der Abwanderung betroffenen Mitglieder müssen sich bewusst sein, dass sie durch ihr persönliches Verhalten und die ordnungsgemäße Erfüllung aller Anweisungen entscheidend zur reibungslosen Abwicklung des Transportes beitragen können. Es ist selbstverständlich, dass wir, soweit dies zugelassen ist, alles tun werden, um unseren Gemeindemitgliedern beizustehen, um ihnen jede mögliche Hilfe zu leisten.“

Die Abholung erfolgte durch jüdische Ordner, die die Jüdische Gemeinde zur Verfügung stellen musste. Die Sammelstelle war nach der Großen Hamburger Straße 26, einem ehemaligen Altersheim der Jüdischen Gemeinde, verlegt worden. Die Transporte gingen nun vom Güterbahnhof Grunewald ab. Gerüchten zu Folge hatten sie am Bahnhof Putlitzstraße Aufsehen unter der Bevölkerung erregt. Nach jedem dieser Transporte atmeten die Menschen auf, denen die Abschiebung zunächst noch erspart geblieben war. Doch wenige Tage danach setzte die Angst wieder ein, dass sie für den nächsten Transport vorgesehen sein könnten.

Etwa 7.000 von der Deportation bedrohte Menschen haben sich zwischen 1941 und 1945 das Leben genommen.

Entsetzen bei allen noch in Berlin verbliebenen Juden verursachte am 18. Mai 1942 die Aktion einer Gruppe junger jüdischer Kommunisten. Auf einer von den Nazis organisierten Ausstellung, zynisch „Das Sowjetparadies“ genannt, zündeten sie einen Stand an, um so ihren Protest gegen die ihrer Meinung

nach verleumderischen Exponate auszudrücken. Viele Angehörige dieser Gruppe, nach ihrem Anführer Herbert Baum die „Baum-Gruppe“ genannt, wurden verhaftet und zum Tode verurteilt. Neun Tage nach dem Anschlag, am 27. Mai 1942, nahm die Gestapo 500 jüdische Männer fest und brachte sie in das KZ Sachsenhausen – 250 von ihnen wurden dort erschossen, die anderen später dort ermordet oder in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Die Angehörigen der Erschossenen wurden in das Ghetto Theresienstadt deportiert.

Im Jahr 1942 verschärfte die Nazi-Regierung ihre Aktionen gegen die Juden. Die führenden Funktionäre der Jüdischen Gemeinde und der Reichsvereinigung konnten sich bis dahin als „Befehlsempfänger“ gewissermaßen sicher fühlen. Doch dann wurden ihre Beziehungen zur Gestapo zu einer Art Seiltanz. Ein fehlendes Stück Seife in einer der jüdischen Einrichtungen, die unter Aufsicht der Gestapo standen, konnte zum Verhängnis des zuständigen Referenten werden. So kam es auch. Dr. Conrad Cohn wurde einer Lappalie wegen verhaftet. Er nahm sich im KZ Mauthausen das Leben. Am Morgen des 22. Juni 1942 fuhr die Gestapo Punkt 8 Uhr früh vor der Reichsvereinigung in der Kantstraße vor. Wer von den Angestellten später eintraf, wurde sofort mitgenommen. Ähnlich verfuhr die Gestapo mit den Mitarbeitern der Jüdischen Gemeinde. Sie fuhren zum Verwaltungsgebäude in der Oranienburger Straße und versperrten alle Ausgänge. Die Gestapo erklärte, die durch die Deportationen geschrumpfte Gemeinde benötigte keinen so großen Verwaltungsapparat mehr. Sie sei gekommen, um die überflüssigen Funktionäre abzuholen.

„Ich habe die Listen, Herr Weidt.“ Am ganzen Körper zitternd hielt der blinde Levy seinem Chef die Formulare hin, von denen jeder Jude in Berlin nun wusste, was sie zu bedeuten hatten. Weidt sprach kein Wort, riss fast dem Levy die Papiere aus der Hand, ließ sich seinen Stock und die Blindenbinde bringen. Niemand wusste, wohin er ging. In der Werkstatt herrschte eine ungewöhnliche Stille. Dass Weidt mit den „Listen“ von Levy möglicherweise zur Gestapo gegangen war, begann man zu ahnen. Und tatsächlich, als Weidt zurückkehrte, wurde es klar. Er habe der Gestapo erklärt, dass er seine Aufträge für die Wehrmacht nicht ausführen könne, wenn man ihm die Arbeiter wegnähme, so erzählte er. Das habe selbst der Gestapo eingeleuchtet. Levy wurde von dieser Deportationsliste gestrichen. So gelang es Weidt noch einige Male, seine Arbeiter zu reklamieren.

Doch eines Tages erscheinen plötzlich ohne Ankündigung zwei Gestapo-Beamte in der Werkstatt und forderten die Blinden auf, sich fertig zu machen, sie würden nun abgeholt. Auf den Protest des Otto Weidt achteten sie nicht. Die Blinden packten ihre Sachen zusammen, quälten sich die Wendeltreppe herunter, einer den anderen stützend. Binnen weniger Minuten hatte man sie

in einen Möbelwagen geschoben und war mit ihnen abgefahren. Otto Weidt verließ fast gleichzeitig das Büro. Wieder erklärte er den Gestapo-Beamten, was die Abholung seiner Arbeiter für ihn bedeutete. Er unterstrich seine Worte mit einem Päckchen, das er zurückließ. Es enthielt ein Geschenk, Mangelware also, die Otto Weidt durch seine Manipulationen erworben hatte.

Und wieder gab die Gestapo ihm nach. Er selber ging in das Sammellager und holte seine Blinden ab. Zusammen gingen sie von der Großen Hamburger zurück zur Rosenthaler Straße, Weidt seinen Blinden voraus, die noch immer ihre Arbeitsschürzen trugen, in denen sie abgeholt worden waren. „Dieses Mal hat es geklappt, ob das nächste Mal auch ...?“ Weidt war skeptisch.

Die Deportationen dauerten an, unerbittlich.

Meines Vaters Schwester Elsa benachrichtigte uns, dass nun auch ihr Mann und sie deportiert werden würden. Sie bat uns, noch einmal zu kommen. Da sie in Spandau lebten, war der Kontakt zu ihnen fast abgebrochen. Telefone waren Juden weggenommen worden, öffentliche Verkehrsmittel durften Juden nur von und zur Arbeit benutzen. Meine Mutter und ich nahmen den „Stern“ ab und fuhren nach Spandau. In einem kleinen Zimmer, das ihnen zugewiesen worden war - ihre Wohnung war ihnen längst genommen worden -, standen zwei prall gepackte Rucksäcke bereit. Das Zimmer war vollgestopft mit Möbeln, die einst in eine herrschaftliche Wohnung gehört hatten. Meine Tante und mein Onkel saßen bereit, warteten und weinten. „Grüß Martin“, wiederholte meine Tante immer wieder. Mein Vater war ihr Lieblingsbruder. Meine Mutter blieb unglaublich beherrscht und, entgegen ihrer eigenen Überzeugung, sagte sie ebenso oft: „Aber wir sehen uns doch wieder.“ Meine Tante schüttelte den Kopf. Sie ahnte ihr Schicksal voraus. So wie die meisten Juden. Doch sie wollten es nicht wahr haben und redeten sich und anderen ein, sie würden in ein Arbeitslager kommen, wo es sicher schlimm hergehen würde. Meine Tante mahnte uns zu gehen. Die Stunde ihrer Abholung war festgesetzt. Als wir einige Schritte vom Haus entfernt waren, sahen wir den Lastwagen kommen. Zwei jüdische Ordner, den „Stern“ am Mantel, sprangen heraus, verschwanden im Haus und kamen mit meinen Verwandten zurück. Meine Tante, den viel zu großen Rucksack auf dem Rücken, mein Onkel torkelte hinter ihr her. Sie blickten nicht zurück auf die Stadt, in der sie über dreißig Jahre gewohnt hatten.

Im Juni 1942 fuhren die ersten Transporte von Menschen, die älter als 65 Jahre waren, nach Theresienstadt, das als Vorzugslager galt und in das auch so genannte verdiente Funktionäre der Jüdischen Gemeinde eingewiesen wurden. Einige vermögende alte Leute wurden gezwungen, einen Heimvertrag zu unterschreiben, der sie zu zahlenden Bewohnern dieses Ghettos machte. So irre geführt, glaubten viele von ihnen an ein ähnliches Leben und gute Betreuung wie in einem Altersheim.

Eines Tages mussten Juden Wohnungen räumen, die sich in Häusern „arischer“ Besitzer befanden. So mussten auch meine Mutter und ich aus der Wohnung der Olga Rosenberg in ein so genanntes Judenhaus in der Bamberger Straße 22 umziehen. Der Besitzer dieses Hauses, in dem in jedem Zimmer zwei Personen hausen mussten, war Jude. In den 5 1/2 Zimmern dieser Wohnung waren elf Personen untergebracht. Es gab eine Küche und eine Toilette.

Was sich am frühen Morgen in dieser Wohnung abspielte, war fürchterlich. Jeder wollte pünktlich seinen Arbeitsplatz erreichen. Verspätung konnte ein Grund zur Deportation sein. Wer es wagte, längere Zeit auf der Toilette zu verbringen, wurde durch ungestümes Klopfen an der Tür oder hysterisches Geschrei vertrieben.

Der Versuch, eine Art Ordnung einzuführen, misslang wegen unterschiedlicher Schichtarbeit. Die Parteien gerieten aneinander, wurden unversöhnlich. Dazu trieb die Angst sie an, was wohl am nächsten Tag geschehen mochte. Es gab ja ständig neue Anordnungen, Gesetze, Verbote. Einige der Bewohner waren von ihren Angehörigen getrennt. So sorgten sich Mütter um ihre Kinder, die noch vor dem Krieg nach Großbritannien gebracht worden waren, und von denen sie wegen des Krieges keine Nachricht hatten. Ähnlich erging es uns mit meinem Vater. An Sonntagen schliefen die meisten oder schlichen in ihren hässlichen und unzulänglich möblierten Zimmern umher.

Eines Tages hieß es, in Berlin würde nun die Gestapo aus Wien eingesetzt. Wien wäre bereits judenrein, Berlin dagegen säumig. Die Wiener Gestapo folgte einer anderen Methode als ihre Berliner Kollegen vor ihnen. Sie schafften die „Listen“ mit der Benachrichtigung des Datums des Abtransportes ab. Sie setzten große Möbelwagen ein, mit denen sie vor jüdischen Häusern vorfuhren. Dann ging alles sehr schnell. Wie sie gingen und standen, wurden die Menschen in die Wagen getrieben. Und wenn diese nach ihren Kindern oder Ehepartnern schrien, hieß es lediglich, „die treffen Sie schon noch“.

Mit der Wiener Gestapo waren auch drei Juden aus Wien gekommen, die dort als Handlanger der Gestapo gearbeitet hatten. Einer von ihnen kannte meine Kollegin Alice Licht aus ihrer früheren Tätigkeit im Hilfsverein der Juden in Deutschland. Sie stellte ihn Otto Weidt vor. Der war geradezu unterwürfig dem Robert Gerö gegenüber. Denn dieser versprach, die Möbelwagen so lange wie möglich von den Häusern, in denen Alice oder ich wohnten, fern zu halten. Er hielt das Versprechen, bis er eines Tages zu mir sagte: „Du musst Dich jetzt entscheiden, ob Du Dich deportieren lässt oder untertauchst.“ Es gäbe nicht mehr genügend „Judenhäuser“ in Berlin, um meins oder das von der Alice von den Abholungen auszunehmen.

Emma Gumz, die mit ihrem Mann Franz in der Charlottenburger Knesebeckstraße 17 eine Wäscherei mit Heißmangel betrieb und seit Jahren unsere Wäsche wusch, drängte meine Mutter eines Tages, ihr etwas zu versprechen. Sie sagte nicht, um was es sich handelte. Meine Mutter gab schließlich nach und auf ihre Frage, was sie denn nun versprochen habe, sagte die einfache Frau: „Sie haben mir eben versprochen, dass Sie und Inge sich nicht wie die anderen deportieren lassen.“ Meine Mutter fragte erregt: „Was ist geschehen, dass Sie so reden und überhaupt, wie stellen Sie sich das vor?“ Frau Gumz berichtete unter Tränen von dem Nachbarsjungen Fritz, der als Soldat in Polen gewesen war und gesehen hatte, „was sie da mit Juden machen“. Er habe unterschreiben müssen, dass er nicht darüber spricht. „Aber wer kann denn das“, sagte Emma Gumz und fügte schnell hinzu: „Wir helfen Ihnen. Ich verspreche es Ihnen.“ Ihr Mann und sie hätten das schon beschlossen. „Sie kommen zu uns, wir verstecken Sie.“

Meine Mutter beschloss, einen alten Freund meines Vaters, den ehemaligen Bürgermeister des Bezirks Prenzlauer Berg, Dr. Otto Ostrowski, zu konsultieren. „Die Gumzens sind so einfache Menschen, die vielleicht die Tragweite ihrer Absicht nicht übersehen“, meinte sie. Aber Dr. Ostrowski war anderer Meinung: „Das ist eine großartige Idee“, rief er aus. „Natürlich werden wir Euch auch dabei helfen.“ Überdies gäbe es in Berlin noch andere Menschen, die dazu bereit sein würden. Und er erwähnte Walter Rieck, mit dessen Familie wir in der Uhlandstraße zusammen gewohnt hatten. Dieses Gespräch überzeugte meine Mutter, dass wir das Untertauchen wagen sollten.

Sie begann mit den Vorbereitungen. An jedem Nachmittag, wenn ich von der Arbeit heimkehrte, während sie sich bereits zu ihrer Nachtschicht im Batteriewerk Loewe aufgemacht hatte, fand ich einen gepackten Koffer vor. Ich schleppte ihn am nächsten Morgen zur Blindenwerkstatt. Nach einem neuen Gesetz durften Juden nicht mehr über ihr Eigentum verfügen. Sie wurden als Nutznießer staatlicher Leihgaben bezeichnet. Zwei Couches ließ Otto Weidt mit seinem Firmenwagen abholen. Diese Reste unserer Habe landeten im Keller der Blindenwerkstatt.

Ich hatte Otto Weidt über unsere Absicht, uns zu verstecken, informiert. „Du kannst bei mir weiterarbeiten“, sagte er zu mir. Er würde versuchen, das zu legalisieren. Wenige Tage später bat mich Weidt um 50 Mark für ein Arbeitsbuch, das er über eine Freundin von einer Prostituierten gekauft hatte. Diese wollte nicht wie alle anderen deutschen Frauen bis zum Alter von 55 Jahren in einer Fabrik arbeiten. Sie zog es vor, ihrem alten Gewerbe weiter nachzugehen und verkaufte darum ihr Arbeitsbuch. Ich war nun Gertrud Dereszewski und wurde sowohl beim Arbeitsamt wie auch bei der Krankenkasse angemeldet.

Am 15. Januar 1943 nahmen wir zwei kleine Koffer, die das Nötigste enthielten, was wir im Versteck zu brauchen glaubten, und gingen in die Knesebeckstraße 17. Frau Gumz strahlte, als sie uns kommen sah. „Ich bin ja so stolz, dass ich Sie dazu überreden konnte.“ Sie wies uns eine kleine Kammer im rückwärtigen Teil der düsteren Parterrewohnung hinter dem Laden an. An die erste Nacht unseres neuen Daseins erinnere ich mich nicht. Ich war so erschöpft, dass ich in dem eichenen Bett, das ich nun mit meiner Mutter teilen musste, sofort einschlief.

Am nächsten Morgen ging ich wie jeden Tag zur Arbeit in die Blindenwerkstatt Weidt. Meine Existenz war durch die Dokumente der Gertrud Dereszewski sozusagen legalisiert worden. Den Kunden und den Vertretern der Firma Weidt, die mich kannten, wurde nun meine Heirat mitgeteilt. An meinem Tagewerk änderte sich gar nichts. Meine Mutter fand sich schwer in das Nichtstun. Sie bemühte sich, im Haushalt zu helfen, aber das gelang nicht so recht, denn die Familie Gumz hatte keinen geregelten Tagesablauf. Meine Mutter konnte nicht einmal in der Küche helfen, denn der Herd stand im Laden, dort, wo die Wäsche zum Trocknen von der Decke hing, die Plätterin mit dem Gasbügeleisen über gestärkte Kragen fuhr und die Heißmangel fast ständig in Betrieb war. „Seien Sie doch froh, ruhen Sie sich doch ein bisschen aus.“ Das war die Reaktion der Frau Gumz, die nicht begreifen konnte, dass die neue Situation als „Illegale“ meiner Mutter keine Ruhe ließ. Dennoch schliefen wir viel ruhiger als zuvor, denn die Sorge bedrückte uns nicht mehr, was der nächste Tag an Schikanen und Quälereien bringen würde.

Wenige Tage nach unserem Untertauchen hörte ich in meinem kleinen Büro in der Blindenwerkstatt, wie eine mir bekannte Frauenstimme, die ich nicht gleich identifizieren konnte, nach mir fragte. „Die Deutschkron, die ist seit Tagen nicht zur Arbeit gekommen. Was wollen Sie von Ihr?“, fragte Otto Weidt die Frau, die ich schließlich als die arische Ehefrau eines Mitbewohners in der Bamberger Straße 22 erkannte. Ich verschwand unter meinem Schreibtisch. Meine Kollegin Alice Licht setzte sich davor, so dass ich ganz unsichtbar war. „Die Deutschkrons sind verschwunden und haben weder Gas noch Elektrizität bezahlt. Auch den Hausschlüssel haben sie mitgenommen.“ Weidt reagierte blitzschnell. „Mir fällt ein, die Deutschkron hat ihren letzten Lohn nicht abgeholt.“ Daraus könne er ihr den fehlenden Betrag auszahlen. Nein, für den Hausschlüssel hätte er keinen Rat. Die Frau verließ zufrieden die Werkstatt. Ich kroch verlegen aus meinem Versteck. An diese Zahlungen hatte ich nicht gedacht. „Mach Dir nichts draus. Auch das will gelernt sein“, tröstete mich Otto Weidt. Ein paar Tage später fuhr ich nach Grünau, um einen Brief an die Wohngemeinschaft aufzugeben, der den Hausschlüssel und noch einmal Geld für die Wohnungsspesen enthielt. Es habe sich alles so überschlagen, schrieb ich als Entschuldigung.

Wir spürten, dass die Lage der Juden auf einen Höhepunkt zulief. Weidt mietete einen Laden in der Neanderstraße (heute Heinrich-Heine-Straße), den er als Ausweichlager für seine Blindenwerkstatt deklarierte. Hier versteckten sich meine Kollegin Alice und ihre Eltern. Große Straßenbesen hinter dem Schaufenster versperren den Blick ins Innere. Dann trennte Weidt in der Rosenthaler Straße 39 den letzten Raum von der wie ein Schlauch angelegten Werkstatt ab, indem er einen großen Kleiderschrank vor die Tür schieben ließ. In diesem Schrank hingen Mäntel und Kleider. Schob man sie beiseite, dann wurde offenbar, dass der Schrank keine Rückwand hatte. So konnte das spätere Asyl der vierköpfigen Familie Horn betreten werden. Die Zwillingsschwester Bernstein, etwa 18 Jahre alt, von denen die eine blind war und als Heimarbeiterin für die Blindenwerkstatt Weidt arbeitete, brachte er bei einer Bekannten unter, die ihre Wohnung genau gegenüber vom Polizeipräsidium am Alexanderplatz hatte. Es ist nicht bekannt, wie vielen Menschen Weidt zu Verstecken verhalf, die er auch mit Lebensmitteln versorgen musste.

Frau Gumz war verlegen, als sie berichtete, dass die Nachbarin sich erkundigt hatte, wer denn der Besuch sei, den die Gumzens schon einige Zeit beherbergten. Eine Kusine aus meiner pommerschen Heimat habe sie geantwortet. „Wir werden hier weg müssen“, flüsterte meine Mutter mir zu, „denn wie lange kann man auf Besuch sein?“ Frau Gumz riet uns, doch einmal mit unseren anderen Freunden zu sprechen, wie es mit uns weitergehen sollte.

Dr. Ostrowski hörte uns an und sagte nur: „Klar, wir helfen Euch.“ Emma Gumz weinte bitterlich, als wir uns von ihr verabschiedeten. Mehrmals wiederholte sie: „Nicht wahr, Ihr kommt uns besuchen?“ Sie bettelte fast darum. Sie konnte sich gar nicht darüber beruhigen, dass gerade sie uns jetzt im Stich ließe.

Die folgende Nacht schliefen wir auf dem Fußboden des Wohnzimmers der Eineinhalbzimmerwohnung, die Grete Sommer mit ihrem Lebensgefährten Dr. Otto Ostrowski teilte. Grete war um gute Ideen nie verlegen. Sie beschloss, in ihrem Geschäft Westfälische Straße 64 ein Nachtlager für uns zu bereiten. Hinter dem Tresen legten wir jeden Abend Matratzen aus. Im Keller gab es eine Toilette und ein Waschbecken. Um keinen Verdacht zu erregen, dass jemand des Nachts in den Laden eingebrochen sei, durften wir kein Licht machen. Am folgenden Morgen verließen wir sozusagen als erste Kunden das Geschäft. Meine Mutter ging in die nicht weit entfernte Wohnung, um dort im Haushalt zu helfen und ich fuhr wie zuvor in die Blindenwerkstatt zur Arbeit. Doch fürs Wochenende taugte dieses Arrangement nicht. Es war Mitte Februar und noch sehr kalt. Dennoch beschlossen die beiden, mit uns in ihr Bootshaus in Schildhorn

zu fahren. Dr. Ostrowski hatte 1933 ein Boot gekauft, mit dem er und seine politischen Freunde weit auf die Havel hinausfuhren, um ungestört ihre politischen Gespräche zu führen.

Es war klar, dass wir eine andere, weniger komplizierte Unterkunft brauchten. Ostrowski bat andere ehemalige Sozialdemokraten um Hilfe. Das Ehepaar Garn in der Olivaer Straße im Bezirk Prenzlauer Berg war sofort bereit, uns aufzunehmen. Wir durften in der Küche auf einem Sofa schlafen. Er war ein ehemaliger Mitarbeiter der Metallarbeitergewerkschaft und von den Nazis entlassen worden. Sie waren wohl beide über sechzig Jahre alt. Frau Garn war herzkrank. Eines Tages sagte sie sehr ehrlich, ihr Herz hielt die Spannung, die durch unsere Anwesenheit entstanden war, nicht aus. Immer wenn es klingelte, bekam sie starkes Herzklopfen. Auch sie waren todtraurig, dass sie uns nicht behalten konnten. Wir kehrten in die kleine Wohnung in Halensee zurück.

„Hier Kriminalpolizei“, sagte jemand am anderen Ende des Telefons. „Arbeitet bei Ihnen eine Gertrud Dereszewski?“ Ich erschrak und sagte dem Anrufer, ich würde das Gespräch an die Personalabteilung weiterleiten, die wir natürlich gar nicht hatten. Otto Weidt reagierte sofort, die Dereszewski sei schon längere Zeit nicht zur Arbeit gekommen. Als die Polizei ihm mitteilte, die Dereszewski sei in Ungarn als Prostituierte aufgegriffen worden, verzichtete er auf ihre weitere „Mitarbeit“. „Muss ich nun hier weg?“ fragte ich verängstigt. Weidt versicherte mir, ich könnte bei ihm weiterarbeiten. Nur sei es vorbei mit meiner Legalität.

Es war am 26. Februar 1943, als mein Freund Hans Rosenthal, der in der Jüdischen Gemeinde als Materialverwalter tätig war, mich inständig bat, am nächsten Tag nicht zu Otto Weidt und überhaupt nicht aus dem Haus zu gehen. Einen Grund dafür wollte er mir nicht angeben. Am nächsten Morgen sahen wir Polizeiwagen durch die Straßen rasen. Wenn sie vor einem Haus hielten, rannten Männer in Zivil oder in Polizeiuniform hinein, kamen mit jemandem zurück, setzten ihn in ihren Wagen und fuhren zum nächsten Haus, wo sich das Gleiche abspielte. Sie holten die letzten Juden ab, die sich noch in Berlin befanden. Sie holten sie von ihren Arbeitsplätzen in den Fabriken, aber auch aus ihren Wohnungen. Sie nahmen sie mit, im Arbeitskittel, im Schlafanzug, ohne Mantel. Vom Fenster hinter der Gardine sah ich zu, sehe sie noch heute, wie sie - in ihrem Erschrecken wie erstarrt - von den sie abholenden Beamten in die Wagen gestoßen wurden. Passanten blieben stehen, flüsterten miteinander. Dann tätigten sie eiligst ihre Einkäufe – es war ja Sonnabend – und gingen schnell zurück in ihr schützendes Haus. Hinter den Fenstervorhängen schauten sie – ähnlich wie ich – verstohlen auf die Straße und verfolgten das Geschehen.

Aus verschiedenen Sammellagern in der Stadt wurden die Juden schließlich zum Güterbahnhof Grunewald gebracht. Dort standen Güterwagen bereit für die Fahrt „nach Osten“, wie wir es aus Unkenntnis des wahren Zieles nannten. Die „Fabrikaktion“, wie sie in die Geschichte eingegangen ist, dauerte mehrere Tage. Dann waren sie alle fort. Wir hatten keinen Schrei gehört, es gab kein Aufbegehren. Ich ging noch einmal in die Blindenwerkstatt Otto Weidt. Es war niemand mehr da. Die jüdischen Blinden waren fort, der Buchhalter Werner Basch und die sehenden Zuarbeiter. Nur die wenigen Nichtjuden saßen an ihren Plätzen, die zwei, die mit einer Nichtjüdin verheiratet waren, und einige von den Untergetauchten. Sie hielten den Betrieb in der Werkstatt aufrecht.

Unsere nichtjüdischen Freunde litten mit uns. Grete Sommer sah tagelang verweint aus, uns versuchte sie mit den Worten zu trösten, „die Schweine werden das eines Tages alles büßen müssen!“. Mir bot sie an, ihr in ihrem Geschäft zu helfen. Als ich Zweifel vorbrachte, lachte sie nur: „Niemand kennt Dich in dieser Gegend. Du bist meine Freundin Inge, die mir Arbeit abnehmen kann.“ Ich gewöhnte mich schnell an meine neue Tätigkeit als Verkäuferin und vergaß schließlich, dass ich, eine versteckte Jüdin, Menschen als Kunden vor mir hatte, deren Einstellung ich nicht kannte, von denen einige sogar mit dem Hitlergruß den Laden betraten. Grete führte mich in die Arbeit ein. Ich musste Preise kennen, über den Inhalt der Bücher in ihrer Leihbücherei Bescheid wissen. Sie nannte mir auch Kunden, denen sie vertraute und weihte mich in ihr Geheimnis ein, wie sie ihr rationiertes Briefpapier dazu benutzte, von den Geschäftsleuten in ihrer Umgebung zu knappen Lebensmitteln zu kommen. Nach kurzer Einführung ließ sie mich allein in ihrem Geschäft. Als sie erkannte, dass ich gut zurecht kam, verließ sie mit ihrem Freund Berlin aus Furcht vor den Bomben. Einmal die Woche kam sie, um nach dem Rechten zu sehen.

Ich genoss die Arbeit. Sie hielt mich von morgens bis abends davon ab, über unsere Lage nachzudenken und sie verhalf mir zu Lebensmitteln. Zur gleichen Zeit regelte sich auch unsere Unterbringung. „Ihr könnt bei mir bleiben, so lange Ihr wollt.“, sagte Lisa Holländer sehr energisch. „Ich habe keine Angst – mein Liebstes haben sie mir schon genommen.“ Ihren jüdischen Mann Paul Holländer, bis 1938 erfolgreicher Exportkaufmann, hatten die Nazis plötzlich verhaftet. Sie erfuhr nichts über sein Schicksal, wurde überall abgewiesen, bis eines Tages aus einem Konzentrationslager ein Paket mit der blutbefleckten Hose ihres Mannes sie erreichte, verbunden mit der Nachricht, er sei an einem Herzversagen gestorben. In ihrer Wohnung in der Sächsischen Straße 26 war genug Platz. Ich bekam sogar ein kleines Zimmer für mich allein, wie ich es seit 1933 nicht mehr gehabt hatte. Wir teilten alles mit Tante Lisa, wie ich sie bald nannte. Sie kaufte ein, was ihre Lebensmittelkarten hergaben und ich fügte die Lebensmittel hinzu, die ich im Laden gegen rares Briefpapier eintauschte.

Da Tante Lisa nicht vermögend war, zahlten wir ihr eine kleine Miete. Um das tun zu können, musste meine Mutter Arbeit finden. Ich erhielt von Grete Sommer den Lohn meist in Naturalien. Also Butter, Kaffee oder Wurstwaren. Hans Rosenthal, der nun unter der Aufsicht der Gestapo im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße leben musste, weil er Dank guter Kontakte zu Berliner Grossisten selten gewordene Waren heranschaffen konnte, führte meine Mutter bei der Druckerei Theodor Görner ein. Die Firma in der Rosenthaler Straße 26 fertigte Stoffdrucke an und war wie Weidts Blindenwerkstatt als „wehrtwichtiger“ Betrieb anerkannt. Ähnlich wie Weidts hasste er die Nazis. Er entschied, dass meine Mutter in der Setzerei als Arbeiterin beschäftigt würde. Sie nahm den Namen Ella Richter an und stellte sich ihren neuen Kollegen als Witwe vor. Görner gab ihr jeden Monat die für den Mittagstisch in seinem Betrieb notwendigen Lebensmittelmarken, die sie wie die anderen Arbeiter abgeben musste.

Unser Leben schien damals fast „normal“. Wir hatten beide Arbeit und ein festes Domizil. Über die Deportierten wussten wir nichts. Allerdings hörten wir in Sendungen der BBC einiges über Massenerschießungen von Juden und auch über Auschwitz. Doch wir sprachen miteinander nicht darüber. Es lähmte uns. „Sie sind alle weg“, Hans Rosenthal berichtete eines Tages, dass Chaim Horn, einer der in Weidts Werkstatt Versteckten, einem jüdischen Freund auf der Straße begegnet war und ihm alles erzählt hatte, was sich in der Werkstatt von Weidts zutrug. Wenige Tage später erschien die Gestapo. Otto Weidts erreichte es noch, dass seine „Illegalen“ nach Theresienstadt und nicht nach Auschwitz kamen. Die Bestechlichkeit der Gestapo mag das bewirkt haben. Von da an schickte Weidts Pakete an seine Freunde in Theresienstadt. Sie enthielten Trockengemüse, Trockenkartoffeln, trockenes Brot. Wie willkommen diese Pakete waren, bestätigten Bemerkungen auf den Bestätigungskarten.

Eines Tages traf eine Karte anderer Art in der Blindenwerkstatt ein. Darauf teilte Alice Licht ihren Kollegen mit, dass sie nun von Theresienstadt ins „Arbeitslager Birkenau“ deportiert würde. Man solle sich keine Sorgen machen ... Alice hatte die unfrankierte Karte aus dem Zug geworfen. Jemand hatte sie aufgehoben und abgeschickt. Weidts suchte Wege, um Alice aus Auschwitz zu befreien. Doch das war vergeblich. Erst als er erfuhr, dass sie von Auschwitz nach Christianstadt, einem Nebenlager des KZ Groß-Rosen, gebracht worden war, gelang ihm der Kontakt zu ihr. Ein polnischer Zivilarbeiter, der dort aus- und einging, half ihm dabei. Weidts sorgte von da an nicht nur für Medikamente und Stärkungsmittel, sondern teilte Alice mit, er habe im nahen Ort ein Zimmer für sie gemietet. Dort lägen Geld und Bekleidung für sie bereit. Sie sollte alles versuchen zu fliehen und nach Berlin zurückkehren. So ist es denn auch geschehen. Ende Januar 1945 stand Alice Licht eines Tages wieder vor der Tür der Blindenwerkstatt Otto Weidts in Berlin.

Je näher das Kriegsende kam, desto schwieriger wurde unsere Lage. Die Regierung verfügte eines Tages, dass jede deutsche Frau bis zum Alter von 55 Jahren in der Fabrik zu arbeiten hätte. Sie sollten die an der Front befindlichen Arbeiter ersetzen. Das beendete sehr abrupt meine Tätigkeit in Gretes Geschäft. Die Gefahr war nicht auszuschließen, dass Kontrolleure oder Denunzianten mich auf diese Weise als untergetauchte Jüdin erkennen würden.

In der Nacht vom 30. Januar 1944 wurde das Haus Sächsische Straße 26, in dem wir Asyl gefunden hatten, von einer Fliegerbombe getroffen. Zusammen mit Tante Lisa saßen wir in jener Nacht auf der Straße und fragten uns verzweifelt, wer uns jetzt wohl noch verstecken könnte. Am frühen Morgen kam unser Freund Walter Rieck, der von den Zerstörungen in unserem Bezirk gehört hatte. Er nahm uns sofort nach Potsdam mit, das noch von keiner Bombe getroffen worden war. Viele Berliner hatten dort Schutz vor weiteren Luftangriffen gesucht. So auch die Familie Rieck. Sie überließen uns ein kleines Zimmer – ein Provisorium natürlich. Mit ihrer Hilfe fanden wir in der kleinen Siedlung „Potsdam Eigenheim“ einen ehemaligen Ziegenstall, der offiziell als unbewohnbar galt, darum aber für uns sehr geeignet war. In der Siedlung galten wir als „ausgebombte Berliner“ namens Richter. Betten und einen Schrank liehen uns die Bewohner der Siedlung.

In der Druckerei Görner erschien eines Tages die Gestapo, um der Belegschaft mitzuteilen, dass die Druckerei geschlossen würde. Ihr Chef habe versucht, ein halbjüdisches Kind in einer höheren Schule anzumelden. Das grenze an Hochverrat. Meine Mutter stand unter den Arbeitern vor den Gestapobeamten voller Angst, erkannt zu werden.

Einige Zeit gingen wir, nun arbeitslos, gemeinsam im Park von Sanssouci spazieren. In unserem Versteck konnten wir uns am Tage nicht aufhalten, da jeder arbeitsfähige Deutsche an seinem Arbeitsplatz zu sein hatte. Das war fatal, vor allem, weil niemand sagen konnte, wie lange dieser Zustand dauern würde. Dass der Krieg für Deutschland verloren gehen würde, war im Jahr 1944 sonnenklar. Doch jeder Tag, den wir als Versteckte aushalten mussten, brachte neue Belastungen. „Ich kann nicht mehr“, sagte meine Mutter eines Tages zu mir, „immer wieder fliehen. Mach Du allein weiter.“ Unsere Freunde richteten sie wieder auf, beschworen sie durchzuhalten. „Es dauert nicht mehr lange ...“ Es war in Berlin üblich geworden, Angebote oder Inserate an Bäumen oder Bretterzäunen anzubringen. Vor allem wurden Lehrer gesucht von Eltern, die es nicht zulassen wollten, dass ihre Kinder allein mit ihrer Schule in Gebiete evakuiert wurden, die der Krieg noch nicht erreicht hatte. Meine Mutter meldete sich als Ella Richter, Witwe eines Studienrates, die in ihrem Leben viel Nachhilfeunterricht gegeben hatte. Sie erhielt eine solche Stelle. Kinder mehrerer Familien wurden ihre Schüler. Sie

begrüßten sie mit „Heil Hitler“ und merkten gar nicht, dass meine Mutter diesen Gruß nicht erwiderte.

„Dieser Kommerzienrat Levy dürfte wohl auch schon in einem Massengrab schmoren“, Herr König, der Inhaber eines Antiquariats in Neukölln sagte es, zu mir gewandt, mit einem boshafte Lächeln auf dem Gesicht. Er hatte einen Stoß antiquarischer Bücher gekauft und darunter einige des Herrn Levy gefunden. Ich arbeitete halbtags bei ihm. Walter Rieck, der das Haus, in dem König sein Geschäft hatte, verwaltete, hatte mich bei ihm eingeführt, natürlich, ohne meine wahre Identität preiszugeben. Meiner Knieverletzung wegen dürfte ich nur wenige Stunden an der Maschine in der Fabrik stehen. So hatte er ihm erklärt, dass ich für sein Geschäft noch Zeit hätte. Das war plausibel. König, der dem Rieck seine Zufriedenheit mit mir und meiner Arbeit ausdrückte, vertraute mir an, dass er Mitglied der NSDAP sei und zeigte mir sein Parteiabzeichen, das er vorsichtshalber bereits unter dem Revers seines Jacketts versteckt trug. Er sagte ehrlich, dass er um seine Existenz fürchtete, wenn die amerikanischen und sowjetischen Truppen Berlin besetzten. Sein Haus war nach dem Krieg ein Trümmerhaufen.

Die alliierten Truppen befanden sich Anfang 1945 im Osten wie im Westen bereits auf deutschem Boden. Unsere Situation war dennoch nicht leichter geworden. Der Krieg erschwerte die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, so dass es unseren Freunden fast unmöglich war, uns etwas abzugeben. Die Preise auf dem schwarzen Markt waren in die Höhe geschossen. Potenzielle Unterkünfte fielen den Bomben zum Opfer. Unser Ziegenstall war nach einer zwar vagen Anzeige gegen unseren Freund und Betreuer Walter Rieck, er habe Juden versteckt, nicht mehr sicher.

Es blieb uns nur noch ein Weg offen. Wir fuhren der sowjetischen Front entgegen. In der Lausitz mischten wir uns unter die Flüchtlinge, die die Angst vor der Roten Armee nach Westen trieb. „Sie stehlen, vergewaltigen und morden“, berichteten die Menschen, die kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen fliehen konnten und nur noch wenig von ihrer Habe mitnehmen konnten. Wir lauschten ihnen aufmerksam während der Bahnfahrt in Richtung Berlin. Denn wir wollten wie sie als Flüchtlinge aufgenommen werden. „Ella Paula und Inge Elisabeth Marie Richter aus Guben“, schrieben wir bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt als unsere letzte Anschrift vor der Flucht auf. Im Osthavelland sollten Flüchtlinge aus der Lausitz untergebracht werden. Wir aber bestanden auf Berlin, weil wir Verwandte hier hätten. „Niemand bleibt freiwillig in Berlin“, argumentierte die Beamtin. Auf unsere Frage nach den Gründen verwies sie darauf, dass Berlin vielleicht belagert würde. Meine Mutter reagierte mit den Worten: „Das würde der Führer nie zulassen.“ Die Beamtin beeilte sich daraufhin, uns die Zuzugsgenehmigung nach Berlin auszuschreiben. Ein möbliertes Zimmer

in der Ludwigkirchstraße 6 fanden wir schnell. Der Vermieter musste unser Anmeldeformular unterschreiben. In dem Moment ging das Licht aus. Die Elektrizitätswerke hatten Bombenschaden. „Zu dumm“, sagte der Vermieter, „na egal, Juden oder Polen werden Sie ja nicht sein“ und unterschrieb im Dunkeln. Die nächste Station, die unsere Legalität als Richter bestätigen musste, war die Polizei. Aber das war nur noch eine Formsache.

Unsere „Illegalität“ endete am 22. April 1945 mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Potsdam. Ich empfing sie vor unserem „Ziegenstall“. Doch ich musste mich schleunigst wieder verstecken. Frauen waren gefragt. Keiner wollte uns glauben, nicht die sowjetischen Soldaten und später auch nicht die Amerikaner, dass Deutsche ihren Kopf riskiert hatten, damit wir überleben konnten.

Wir aber weinten, weinten tagelang, als die Einzelheiten des Geschehens in den Konzentrationslagern bekannt wurden. Es gab nun keine Zweifel – wir hatten keine Familie mehr. Sie waren alle ermordet worden. Immer neue Namen von Menschen fielen uns ein, die uns nahe gestanden hatten, und die es nun nicht mehr gab.

Die Verfasserin

Inge Deutschkron, 1922 in Finsterwalde geboren, wuchs seit 1927 in Berlin auf. Ihr Vater Dr. Martin Deutschkron konnte nach England auswandern. Mutter und Tochter gelang die Ausreise nicht mehr. Inge Deutschkron arbeitete von 1941 bis 1943 in der Blindenwerkstatt von Otto Weidt. Von 1943 bis 1945 lebte sie mit ihrer Mutter in verschiedenen Verstecken, um der Deportation zu entgehen.

1946 holte Dr. Deutschkron seine Frau und seine Tochter zu sich nach England. Inge Deutschkron studierte Fremdsprachen und arbeitete im Büro der Sozialistischen Internationale in London. 1954 reiste sie für ein Jahr nach Südostasien und kehrte 1955 nach Deutschland zurück. Sie arbeitete zunächst als freie Journalistin und wurde 1960 als Deutschland-Korrespondentin in der israelischen Zeitung MAARIV (Tel-Aviv) in Bonn akkreditiert.

1972 zog Inge Deutschkron nach Tel-Aviv und arbeitete bis 1987 in der Redaktion der Zeitung, die sie in Bonn vertreten hatte. Hier widmete sie sich vor allem den deutsch-israelischen Beziehungen und Themen, die mit dem Holocaust verbunden waren. Das Berliner Grips-Theater führte 1989 das Theaterstück „Ab heute heisst Du Sara“ auf, das auf Inge Deutschkrons Autobiographie „Ich trug den gelben Stern“ basiert. Bis 2001 pendelte sie zwischen Berlin und Tel-Aviv hin und her, um den vielen Anforderungen an sie von Berliner Schulen und Organisationen, über den Nationalsozialismus, wie sie ihn erlebt hatte, zu berichten, gerecht zu werden.

Heute lebt Inge Deutschkron wieder in Berlin, arbeitet als Schriftstellerin und ist Vorsitzende des Fördervereins „Blindes Vertrauen“ e. V., der das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt maßgeblich unterstützt.

Das Titelbild zeigt Ella und Inge Deutschkron im Sommer 1939.

